



ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

# TATblatt

Projekt  
Zweitageszeitung

alle 14 Tage  
brandaktuell

MINUS 49 NUMMER

(9/91)

7. MAI 1991

PREIS: ÖS 10,—

**EXPO**

**Staufstufe Wien**

**Volkszählung**



Weniger Geschehenes als Kommendes beschäftigt diesmal das TATblatt. Eine Volksbefragung zu zwei nicht gerade unwichtigen Themen steht zumindest den WienerInnen ins Haus. Daher kommt es zu den Schwerpunkten Staufstufe Wien und EXPO. Dabei soll auch angerissen werden, wie dieses pseudodemokratische Instrument einzuschätzen ist. Nicht nur die WienerInnen beschäftigt allerdings noch ein anderes Thema, die Volkszählung. Dazu gibt es als Beilage "Die Neue Volkszählungs-Zeitung".

## Hetzendorf - Egelsee



# Wien am Stau

Nachdem es schon ganz still geworden war um eines der größten Bauvorhaben in Österreich wird plötzlich "ganz sanft" darauf hingewiesen, daß er längst nicht gestorben ist: der Plan in Wien ein Wasserkraftwerk zu errichten. Quasi als Zusatzfrage zur wiener "EXPO-Volksbefragung", sollen die "BürgerInnen" entscheiden, ob die Donau in Wien zu einem Stausee werden soll. Lief die Planungs- und erste Bautätigkeit hinter "verschlossenen Türen", ist die Donaukraft (ehem. DOKW) nun bereit, die allumfassende Information zu liefern, die notwendig ist, um die WienerInnen von der Notwendigkeit des "Umweltkraftwerks" zu überzeugen. Mehrere Millionen Schilling werden für den Werbefeldzug ausgegeben, um sich durch ein JA die Legitimation für den weltweit größten Eingriff in die Ökologie eines Stromes in einer Großstadt zu holen. Angesichts der vielzahl anstehender Probleme wie EXPO, Volkszählung, neuem Sicherheitspolizeigesetz, usw. kommt Widerstand dagegen nur schleppend in Gang.

(TATblatt-Wien)

Um zu zeigen, wie es überhaupt zum jetzt so plötzlich akuten Problem Staustufe Wien kommt, sei ein wenig in die jüngere Vergangenheit zurückgegriffen.

## NICHT RENTABEL

Als die Diskussionen um das Kraftwerk in Hainburg auf dem Höhepunkt stand, argumentierten DOKW (damalige Donaukraftwerke AG) und führende wiener PolitikerInnen noch damit, daß eben nur das Kraftwerk in Hainburg möglich sei, weil ein Kraftwerk weiter oben nicht in Frage käme, vor allem nicht in Wien, da es zu kompliziert und teuer wäre. Als Hainburg aus bekannten Gründen als Standort fallen gelassen werden mußte, lebte die Idee vom wiener Stau plötzlich wieder auf. Vor allem auch deshalb, weil die Staustufe in Wien, eine baldige Lösung für die übrigbleibende Fließstrecke vom Kraftwerk bis zur Staatsgrenze notwendig macht. Gleichzeitig mit der Inangriffnahme des Planes für das wiener Kraftwerk, entstanden die Pläne für die "Klein"kraftwerke Wolfstal I und II. So wird über den Umweg Wien für Hainburg Ersatz geschaffen. Diese Argumentation läßt sich bis heute nachvollziehen, wenn die Donaukraft (so heißen die KraftwerksbauerInnen und BetreiberInnen heute) ganz offen meint, daß "ihre Planung immer noch einen Stau bis zur Staatsgrenze beinhaltet".

Für die ÖkologInnen (insbesondere das österreichische Ökologieinstitut, das Nationalparkinstitut Donauauen, Greenpeace, das Forum österreichischer Wissenschaftler



für Umweltschutz,...) sind das unvertretbare Forderungen, allerdings sei im folgenden nicht "nur" auf die Verhältnisse des sogenannten "Unterwassers" (wie die Strecke Stromab des Staudamms genannt wird), sondern vorerst auch auf die spezifischen "Wien"-Probleme eingegangen werden.

## PLÖTZLICH EINE BEFRAGUNG

Nachdem jahrelang unter Ausschluß der Öffentlichkeit geplant und gebaut wurde, gibt sich die Stadt Wien und mit ihr die Donaukraft plötzlich ganz demokratisch und verordnet eine Volksbefragung. Die wiener "BürgerInnen" sollen entscheiden. Abgesehen von der Problematik des Pseudo-demokratischen Instruments einer Volksbefragung, stellt sich die Frage, für wen es eigentlich möglich ist eine Entscheidung ohne die notwendigen Informationen zu treffen. Die Propaganda der Donaukraft kann dazu sicher nicht beitragen, die der Stadt Wien ebensowenig. Bleiben die ÖkologInnen und Umwelt-

schutzorganisationen und schließlich die politische und persönliche Einschätzung des Projektes durch jede(n) einzeln(en).

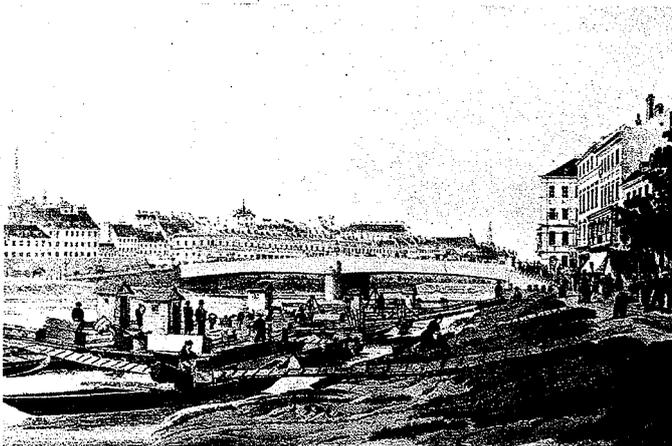
## ÖKOLOGISCHE NOTWENDIGKEITEN

Die Donaukraft selbst hat aus Hainburg gelernt, und ihre Propagandalinie umgestellt: ein Umweltkraftwerk soll entstehen. Es liefert nicht nur saubere Energie, sondern sei geradezu notwendig, um die Praterauen, die Lobau, das Naherholungsgebiet Donauinsel, die Alte Donau, den Marchfeldkanal zu retten. Alternativen dazu gäbe es keine. Zumindest nicht finanzierbare.

Umweltschützer schreien Allarm. Sie sehen den Nationalpark in den Donauauen gefährdet. ÖkologInnen, die nicht im Solde der Donaukraft bzw. der Stadt Wien stehen, und sich nicht gegen die Staustufe aussprechen gibt es wenige. Ein angeblich positives Gutachten der Universität für Bodenkultur, das auch in der Fragestellung der Volksbefragung auftaucht, nennt eine Fülle von Auflagen, um überhaupt den Kraftwerksbau möglich zu machen. Keineswegs kommt darin die Notwendigkeit des Baues eines Kraftwerkes vor. Wenn schon überhaupt ein Kraftwerk in Wien, dann nur nach einem 1:1-Versuch, und zwar über mindestens zehn Jahre, wird von fundierter Seite gefordert.

## VOM SCHMALWANDKASTEN ...

Dazu soll kurz erwähnt werden, was da zum Beispiel zu testen sei: Die Anhebung des Wasserspiegels im Staubereich machen insbesondere in der Großstadt ganz besondere Maßnahmen zur Regulierung des Grundwasserspiegels in den angrenzenden Gebieten (im Falle Wiens vor allem des 2. und des 20. Bezirks) notwendig. Schon bald



nach Hainburg prahlten DOKW und Stadt Wien mit der Entwicklung eines hervorragenden Weges, um die gewünschten Hebungen und Senkungen des Grundwasserspiegels in den genannten Bezirken zu bewerkstelligen: das Schmalwandkastensystem war geboren. Zwei parallele halbdurchlässige Wände in den Dammbauten am Ufer des Stausees sollten für die Aufrechterhaltung des Grundwasserspiegels zwischen Donau und Donaukanal sorgen. Sollte es zu Ausnahmereignissen kommen (Überschwemmungen - Austrocknen) so könne mit Pumpen, die Wasser aus den oder in die Kästen (also zwischen die Wände) pumpen, rasch der jeweils gewünschte Wasserstand hergestellt werden. Publikationen der Stadt Wien erläuterten das Konzept genau, für Studenten der Bodenkultur wurden Informationsfahrten zu sogenannten Testkästen durchgeführt, um zu zeigen, wie gut das System funktioniere. Erst jetzt, auf Anfrage, wird zögernd die Antwort gegeben, wieso es plötzlich Dichtwandkasten heiße.

### ... ZUM DICHTWANDKASTEN

Nachdem begonnen wurde, die Schmalwandkästen zu bauen (obwohl es lang hieß - z.B. von Stadtbaurat Weber -, daß vor einer Volksbefragung nicht gebaut werde), stellte sich heraus, daß es technisch nicht möglich sei, solche Wände in so einer Dünne herzustellen. Aus den halbdurchlässigen Kästen wurden unfreiwillig Dichte. Der gesamte Wasseraustausch mit dem 2. und 20. Bezirk läuft jetzt über Kanäle, Brunnen und Pumpen. "Das sei sogar gut so, denn jetzt habe die Stadt alles noch besser im Griff, und überhaupt seien Altlasten (vor allem Öl) im Dammbereich aufgetaucht, also hätten wir noch einmal Glück gehabt, denn jetzt könnten diese Verschüttung in den nunmehr dichten Kästen eingeschlossen werden". Diese Hin- und Herwenden hat System — nichts kann nicht so interpretiert werden, als daß es nicht für die Umwelt, die Stadt und ihrer BewohnerInnen nicht doch die Rettung bedeute. Aber die Blamage mit den Schmalwandkästen (damals noch als sanfte Lösung propagiert) zeigt deutlich genug, woran es mangelt: hier werden "Neue" Technologien eingesetzt ohne irgendwelche Erfahrungen gesammelt zu haben, keine Test wurden durchgeführt und keine Beispiele irgendwoanders lassen Vergleiche zu. Ein Versuch in dieser Größenordnung sei ein untragbares Risiko für Wien, Prater, Lobau und so weiter, meinen die ÖkologInnen. Und das Dichtwandssystem diene nichts anderem als den Bau des Kraftwerks zu ermöglichen.

### NATUR AUS ZWEITER HAND

Die Weichen für die Eintiefung der Donau wurden bereits vor über 100 Jahren durch die Donauregulierung gestellt. Jetzt müsse zwar eindeutig etwas gegen die Eintiefung (gegen das Eingraben des in einem engen geradlinigen Bett fließenden Stromes) unternommen werden — nicht nur für die Auen — auch für den Grundwasserhaushalt der bewohnten Gebiete und Orte (z.B. Bad Deutsch-Altenburg) entlang der Donau. Das allerdings mache jetzt keinen Kraftwerksbau notwendig. Regulierungsrückbau, Veränderung des Stromquerschnitts, Gesteinszugabe, Donaugrund(sohlen-)pflasterung lauten die Schlagworte der ÖkologInnen. Natürlich ist das auch Natur aus zweiter Hand, aber es würden eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten für das ökologische System geboten, wohingegen, das Pumpenkonzept, auch mit den von der BOKU geforderten regelmäßigen Schwankungen (Überschwemmungen und Trockenheiten), der Natur keinen wie immer gearteten, unkontrollierten Spielraum ließe.

Die Donaukraft und die Stadt Wien wollen von so einer Lösung nichts hören, denn einer der Hauptgründe für sie, die Staufstufe zu bauen, sei die Schifffahrt.

### SCHIFFSTRASSE UND UNTERWASSER

Schifffahrt sei eine saubere Lösung des Verkehrsproblems (wie sich unlängst wieder vor Genua herausstellte, = Anm.). Deshalb und weil es die der Anschluß an den Europäischen Wirtschaftsraum erfordere, müsse die Donau schiffbar gemacht werden. Bei den derzeitigen niedrigen Wasserständen ist die Donau als Schifffahrtsstraße oft nicht geeignet. Aufstauungen und Schleusen könnten Abhilfe schaffen. Hier stellt sich allerdings die Frage: was geschieht unterhalb des Stauwerks? Gerade unterhalb des Stauwerks Wien, wo das Problem von Niedrigwasser besonders schwerwiegend zu tragen kommt, liegen die wiener Häfen. Die Lösung der Donaukraft lautet

eindeutig: weiter Stauwerke. Die Lösung der Stadt Wien, der dieses Problem "besonders am Herzen liegt", weiß keine Lösung. Jetzt solle erst einmal Wien besprochen werden, und denn sollte sich die Donaukraft Gedanken machen. Daß nicht nur die Schifffahrt im Unterwasser ein Problem bekommt, sondern auch die Eintiefung der Donau dort besonders stark ist, ist den PlanerInnen bekannt, und spätestens seit der

### Hingehen, Teilnehmen, Stimmen?

Volksbefragungen sind Gemeinde(Stadt)angelegenheiten. Sie sollen den Politikern dazu dienen, sich ein Bild von den Wünschen ihrer Bevölkerung zu machen. Volksbefragungen dienen dazu sich Legitimierung zu holen, für etwas, was sowieso beschlossene Sache ist. Aussagen von Politikern und diesem Fall der Donaukraft lassen daran keinen Zweifel. Sollte es schief gehen — auch egal — bindend sind diese Befragungen ja ohnedies nicht. Und dafür, daß es ja nicht schief geht, engagiert sich der Politiker gleich mit. Um zu erfahren, was die BürgerInnen wollen, sei ihnen gleich empfohlen, was sie anzukreuzen haben. Und um der Opposition erst recht keine Chance zu geben, werden gleich alle Themen auf einmal angepackt (EXPO, Volkszählung, Staufstufe) und mit Partnern gearbeitet, die bereit sind Millionen Schilling an Propagandamitteln einzubringen. (In anderen Ländern werden übrigens vor solchen Befragungen, den BürgerInneninitiativen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt.)

Wozu also hingehen? Wäre nicht eher ein Boykott angebracht, um zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, an so einer Farce teilzunehmen?

Wie so oft folgt das gleiche Argument: kein Boykott ohne Boykottbewegung. KeineR wird es überhaupt bemerken, daß da boykottiert wurde. Zugegeben ein schwaches Argument, aber da gibt es ja immer noch die Hoffnung, daß die EXPO und Staufstufe abgelehrt werden, und daß sich dann eine breitere Basis findet, die gegen EXPO und Staufstufe kämpft.

erwähnten Boku-Studie ein Gegenstand öffentlicher Diskussion: Sohlenpflasterung und Geschiebe-(Gesteins-)zugabe (d.h. oben rausbaggern und unter der Staufstufe wieder reinschmeißen) sei erforderlich. Die Donaukraft wollte sich darauf gar nicht einlassen, schließlich sei die Eintiefung nicht ausschließlich auf die Kraftwerke zurückzuführen. Jetzt gibt es halbherzige Zusagen, eine Lösung mit der Stadt Wien zu finden. Wie sich diese Lösung mit dem Ausbau der Schifffahrt verträgt, wurde bisher nicht näher erklärt. Besonders brisant wird die Frage auch durch die Studie eines renommierten deutschen ÖkologInnen, der meint den größten negativen Einfluß auf die Eintiefung des Stromes seien die Ausbaggerungen für die Aufrechterhaltung der Schifffahrt selbst.

### WOZU ALSO EIN KRAFTWERK?

Alle ökologischen Maßnahmen könnten ohne Kraftwerk auch gesetzt werden. Allerdings meinen die KraftwerksbetreiberInnen seien diese Maßnahmen ohne Donaukraft nicht finanzierbar. Reell mag es sogar stimmen, daß ohne Kraftwerk nichts zur Wiederherstellung eines funktionierenden Ökosystems getan werden wird, allerdings stellt sich die Frage, wieso es mit Bau des Kraftwerks eher möglich sei, wo doch das



Aus der Nähe betrachtet braucht man immer wieder Mut

Kraftwerk in absehbarer Zeit keinen Gewinn abwerfen wird. Der in Wien erzeugte Strom wird der teuerste Österreich werden (sofern das Kraftwerk gebaut wird).

Ein anderes Argument der BetreiberInnen, nämlich, billigen, sauberen Strom zu erzeugen, ist schon seit langem bekannt, und nicht zuletzt anlässlich der Hainburg-Diskussion problematisiert worden. Ein Konzept zum Energiesparen fehlt in Österreich noch immer, obwohl Studien ergeben, daß ein großer Teil unseres Energieverbrauchs eigentlich Energieverschwendung genannt werden sollte, sich also einsparen ließe. Außerdem erzeugt mehr Angebot mehr Nachfrage, und weniger Notwendigkeit zu energiesparenden Maßnahmen. Und woher jetzt plötzlich der gesteigerte Strombedarf in Österreich kommt, sollte nicht ohne Hinweis darauf erörtert werden, wer denn jahrelang Werbung für Elektroheizungen gemacht hat, eine Art zu heizen, die höchstens für die E-Wirtschaft rentabel war.

Als Argument übrig bleibt der Ausbau der Schifffahrt, deren Probleme allerdings durch das Kraftwerk Wien allein nicht gelöst werden.

### UND JETZT ?

Viele Argumente und Probleme wurden jetzt noch gar nicht angeführt: z.B. Hebung der Ostbahnbrücke um vier Meter, und somit Bautätigkeit im Prater, um die Eisenbahnrampe (mindestens bis zur Hauptallee) anzuheben; oder Wasserqualität des Stauraums, wenn Wasser aus kontaminierten Gebieten des 2. und 20. Bezirks, in den Stauraum abgepumpt werden muß; oder die Mülldeponie unter dem Donaupark, die zwar jetzt zu einem kleinen Teil abgegraben wird, zum größeren Teil aber von der Auswaschung bedroht werden würde, wenn nicht auch hier ein Dichtwandkasten rundherum gezogen werden würde, in dem ständig für einen etwas niedrigeren Grundwasserstand gesorgt werden würde (wie Stadtrat Weber ganz lässig aus dem Ärmel schüttelt); oder die Schwierigkeit weitere Kritik bezüglich Nagymaros, oder ... (Ich ganz persönlich finde schließlich auch vom ästhetischen Standpunkt eine fließende Donau mit ihren natürlichen Schwanken schöner als einen Stausee.) Und so sieht die BürgerIn angesichts irgendeines der vielen Gründe gegen das Kraftwerk entschieden haben sollte, bleibt nur auch die Frage offen, ob es ratsam sei sich an einem scheindemokratischen Prozeß ohne jegliche Relevanz zu beteiligen — doch dazu siehe eigenen Kasten auf voriger Seite. ●

## Trotz Räumung geht Widerstand in Hetzendorf weiter

Wie bereits im letzten TATblatt (minus 50) berichtet, sind bzw. waren die ehemaligen Kleingärten Egelsee (Wien 12) seit Ostern von der BI Hetzendorf und anderen besetzt, um sie so vor dem Zugriff von Gemeinde und Baumafia zu retten und diese letzte freizugängliche "Grünoase" den BewohnerInnen des Viertels zu erhalten. Seit 29.4. hat sich jedoch Entscheidendes verändert.

(TATblatt Wien?)

Nachdem am 24.4. in einer Nacht- und Nebelaktion ca. 50 Polizisten um 4.30 !! in das besetzte Gelände eingedrungen waren und die im Schlaf überraschten BesetzerInnen räumen konnten, wurde der gesamte z.T. alte Baumbestand gerodet. Danach sind Polizisten und Bauarbeiter wieder abgezogen. Die Besetzung wurde fortgesetzt, teilweise wurde auch sofort mit der Aufforstung des zerstörten Geländeteils begonnen. In den folgenden Tagen und Nächten erhielten die BesetzerInnen regen Zulauf. Stark engagiert haben sich auch die SchülerInnen der nahegelegenen Hauptschule, die trotz heftiger Repression seitens der Schulleitung (Direktion erstattete Anzeige gegen die Eltern mehrerer SchülerInnen) nicht aufgegeben haben. Nachdem die Gemeinde die angrenzende Straße für den Verkehr gesperrt hatte wurden Barrikaden errichtet um für die bevorstehende Räumung gewappnet zu sein. Im Morgengrauen des 29.4. war es dann soweit — um ca. 5 Uhr 15 wurden die ersten Stapos gesichtet — kurze Zeit später sind etwa 30 Alarmis durchs Dickicht "ingesickert". Nach kurzer Lagebesprechung — Einigung, das Gelände im "Vorfeld" zu "verteidigen" d.h. ankommende LKW's zu blockieren. Mittlerweile ca. 70 - 80 Polizisten auf dem Gelände. Einige Leute haben sich auf dem Dach einer Barrake, die auf dem Gelände steht, angekettet, werden aber von Alarmis heruntergeholt. Zur selben Zeit haben BesetzerInnen (aufgeteilt in zwei Gruppen) beide Anfahrtswege blockiert und sich vor, unter und auf die LKW's gelegt (z.T. angekettet). Ziemliche Mühe für die Polizisten die Leute da wegzuholen. Nach einigen fruchtlosen Versuchen hat die Einsatzleitung scheinbar beschlossen, doch auf Verstärkung zu warten. (30 BesetzerInnen gegen 80 Polizisten war für die Einsatzleitung ein zu großes Risiko). — Danach warten auf Verstärkung, die dann auch gegen 10 Uhr 30 eintrifft (gesamt jetzt ca. 150 Polizisten). Um 11 Uhr kommt der Befehl zur Räumung. Die Leute werden von den Fahrzeugen geholt, was den Polizisten nur unter größten Anstrengungen und mit viel Zeitaufwand

gelingt (Alarmis zeichnen sich wieder einmal durch brutales Vorgehen aus). — Personalien werden aufgenommen, es gibt jedoch keine Festnahmen. In der Folge sind durch die Absperrung der betreffenden Straßenzüge keine sinnvollen Störaktionen mehr möglich. — Arbeiter beginnen mit der Errichtung des Bauzaunes, innerhalb des Zaunes haben drei Hundeführer einer privaten Bewachungsfirma Position bezogen. Ende der Räumung ca. 12 Uhr.

Daraufhin haben sich die BesetzerInnen geeinigt den Widerstand trotz Baubeginn fortzuführen

Gesagt, - getan! Am 2. Mai waren wieder alle da. Diesmal mit einer anderen Taktik. Zuerst wurden die anrückenden Baufahrzeuge wieder blockiert, — Polizisten fordern Verstärkung an — das dauert — Stunden ziehen ins Land... nach knapp zwei Stunden rückt die Verstärkung in Form von 50 Alarmis an, — Polizistenhauptidee fordert auf die Straße zu verlassen — und siehe da die Straße wird verlassen, — grosse Verblüfung — BesetzerInnen gehen einfach weg (ja dürfen's denn das?) um jedoch nach 1-2 Stunden als die Verstärkung weg ist wieder — doch jetzt sind sie schon ziemlich sauer (die Polizisten, Anm.d.Red.) Was sich dann auch in ziemlich groben Vorgehen, — und sechs Festnahmen!!! ausgedrückt hat. Die Festgenommenen werden auf's Koat(?) nach Meidling gebracht, wo sie nach ca. 5 Stunden und 1.300 öS/Person wieder freigelassen werden.

Fazit: Die anfängliche Taktik der Polizisten der offensichtlich Deeskalation ist gescheitert!

Der WIDERSTAND geht weiter, — so lange gebaut wird !!!

Heute ist nicht alle Tage....

In diesem Sinn: Unterstützung tut not, KOMMT ZAHLREICH.

Je mehr Leute in Hetzendorf sind desto, weniger können sie den Widerstand ignorieren. Durchkreuzen wir ihre Pläne!

Keinen Meter der Gemeinde & Baumafia!!! ●



Wir haben's geschafft! (Uff!)  
Seit Anfang des Jahres sitzt der papierTIGER auf seiner neuen Adresse und freut sich schon auf Dein Kommen. Damit Du recht bald kommst, hat er eine kleine Überraschung: Ein Notizbuch mit 200 Seiten. Gratis. Dieses Inserat ist Dein Gutschein.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

## Adolf Hitler Platz

Johann Rezak und Otto Klambauer besitzen in der Nußdorferstraße 69-71 im 9. Wiener Bezirk 3 Lokale (Cafe Monarchie, Cafe Potala und die Disko Traumstraße). Durch diese Lokale und durch ein fast immer offenes Gartentürl kommt mensch auch zum Hinterhof, wo die beiden Besitzer eine Tafel mit der Aufschrift: "ADOLF HITLER PLATZ" (für viele Anwohnerinnen und vom Cafe Monarchie deutlich sichtbar) aufgestellt haben.

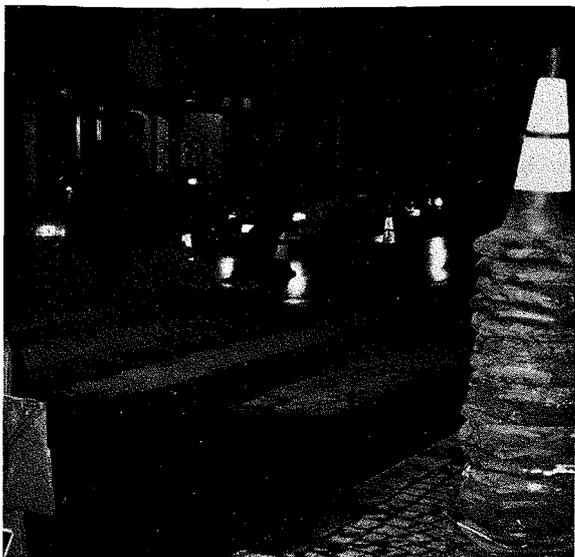
Einige Antifaschistische AnrainerInnen haben darauf Anzeige erstattet und haben versucht durch andere "Rechtliche Mittel" gegen die Tafel und deren Eigentümer vorzugehen. Da es sich aber um einen Privat- und nicht öffentlichen Grund handelt und so eine Tafel KEIN Verstoß gegen das nationalsozialistische Wiederbetätigungsgesetz ist, unternehmen weder der Bezirksstaatsanwalt noch die Polizei etwas.

Nun hat sich aber ein breites Spektrum von Antifas und AnwohnerInnen zusammengefunden um gegen diese Tafel und verschiedene andere Facho-Aktionen im 9. Bezirk aktiv zu werden.

Die beiden Besitzer (Klambauer und Rezak) planen auch ein weiteres Lokal zu eröffnen. Unter Jungendlichen im 9. Bezirk kursieren Gerüchte, daß dieses neue Lokal ein Treffpunkt von Skins (die sind auch im Monarchie gern gesehene Gäste) und anderen rechten Banden werden wird.

Also, zeigt eure Unterstützung im antifaschistischen Kampf und kommt alle am 8. Mai zur Kundgebung gegen die Tafel und andere faschistische Umtriebe im Alsergrund. Im Bereich Nußdorferstraße. 69 bis Ecke Gürtel um 16 Uhr.

Weitere Aktionen und Plena sind fix geplant. (Infos darüber gibts bei der Kundgebung) ●



## Salzburg: Mozarthaus besetzt

Am 19.4.91 wurde in Salzburg das Geburtshaus von Wolfgang Mozart — die Touri-Attraktion noch vor Festung und Dom — von rund 30 Menschen für eine Stunde besetzt, um gegen die Wohnungsnot in Salzburg zu protestieren.

In Salzburg gibt es rund 150 Menschen, die auf der Straße leben müssen, etwa 900 Obdachlose in "Heimen" und rund 3.000 amtlich gemeldete Wohnungssuchende. Dem stehen rund 3.000 leere Wohnungen gegenüber, eine Ein-Zimmer-Wohnung ist in Salzburg erst ab etwa 4.500 öS Miete zu bekommen. Jene, die sich eine Wohnung leisten können, berappen dafür im Schnitt fast die Hälfte ihres Einkommens.

Aus dem Flug zur Besetzung: "Diese Stadt ist eine gigantische Inszenierung von Harmonie, in der die Mehrzahl der BewohnerInnen nur als StatistInnen vorkommt. Gerade anlässlich des Mozartjahres wird eine protzige Kulturfassade aufgebaut, eine Hochkulturfassade, die an der Lebensrealität der Menschen in dieser Stadt vorbeigeht. ... Mozarts Geburtshaus ist Teil der Fassade: Es steht für das Wegschauen von den Problemen der Menschen in dieser Stadt. Eine Stunde lang wollen wir es bewohnen, zum Hinschauen auffordern." ●

Revolutionärer 1. Mai in Wien:

### Zebrastrifen aus dem Untergrund

Wien, irgendwann in der Nacht von 30. April auf 1. Mai: (TATblatt-Wien)

Die gesamte ArbeiterInnenschaft Wiens hat sich zur Ruhe begeben, um sich auf den "großen Tag" vorzubereiten. Die gesamte ArbeiterInnenschaft? Nein, irgendwo muß doch noch ein kleines, unscheinbares Häuflein übriggeblieben sein — denn auf wunderbare Weise entstand just in jener Nacht ein Zebrastrifen zwischen Alter TU und Freihaus (auch ein Gebäude der TU), die durch die stark frequentierte Wiedner Hauptstraße getrennt sind.

Seit 10 Jahren verlangen die Tule-

rInnen nach einem gesicherten Straßenübergang — immerhin queren täglich 2.000 StudentInnen die Straße —, bisher mußte immer der Umweg über den Karlsplatz genommen werden. So nicht mehr am 1. und 2. Mai: Der neue Zebrastrifen wurde von alt und jung dankend angenommen.

Natürlich mußte dem Unfug flugs ein Ende bereitet werden: In einer Nacht- und Nebelaktion wurde der revolutionäre FußgängerInnen-Übergang Donnerstag spätabends von der Straßenmeisterei wieder weggeschliffen. ●

## Berlin:

### Revolutionäre 1. Mai Demonstration

*"Der 1. Mai ist unser Tag. Er kann und soll die Kämpfe und den Widerstand an allen anderen Tagen nicht ersetzen, aber wir rufen dazu auf, mit dem 1. Mai 1991 ein lebendiges politisches Signal zu setzen. Damit es nicht so bleibt wie es ist." (Aufruf des 1. Mai-Vorbereitungsplenums)*

(TATblatt-Wien)

Seit vier Jahren gibt es eine eigenständige autonome 1. Mai-Demonstration in Berlin, die heuer das erste Mal auch nach Ost-Berlin ging. Am 1. Mai explodierten in Kreuzberg und in angrenzenden Bezirken die sozialen Widersprüche. Es kam zu Plünderungen und auch zu heftigen Auseinandersetzungen mit der geballten Staatsmacht.

Die Demonstration wandte sich unter anderem gegen den durch die Wiedervereinigung immer stärker werdenden Rassis-

mus seitens des Staates und faschistischer Schlägerbanden und gegen Großstadtpläne Berlins und damit verbundener Umstrukturierung gewachsener Berliner Bezirke durch finanzkräftige Firmen/Großkonzerne. Da die Demonstration dieses Jahr auch durch Ost-Berlin gehen sollte, sahen Menschen aus besetzten Ost-BerlinerInnen Häusern ihre Stadtteilarbeit und Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung (was ja ohnehin nicht so einfach ist) durch eventuelle Krawalle gefährdet.

So verlief die gesamte Demonstration, an der ca. 20.000 Menschen teilnahmen, an-

nähernd auseinandersetzungsfrei. Am Abschlußkundgebungsort kam es dann zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Verlauf Wasserwerfer, Tränengas und auch Schlagstöcke eingesetzt wurden.

Beim anschließenden West-Fest (dieses Jahr gab es sowohl im Ost- als auch im Westteil 1. Mai-Feste) kam es erneut zu Zusammenstößen, bei denen die Bullen Menschen bis in Lokale und Hauseingänge verfolgten und verprügelten.

Es gab ca. 180 Festnahmen. ●

# Komm 24

Ende Dezember 1990 wurde das KOMM 24 wiedereröffnet, nachdem es 7 Monate lang von der Anstaltsleitung der Psychiatrie am Steinhof zwangsweise geschlossen gehalten wurde.

(KAI)

## Zum Verlauf der Geschichte:

Anfang Juni 90 hatten wir das Cafe renoviert, dann wurde es von der Anstalt aus "verwaltungstechnischen Gründen" gesperrt. Neuangebrachte Lampen entsprachen nicht den Sicherheitsbestimmungen — so hieß es offiziell.

Einige Wochen später teilte uns der Verwaltungsdirektor schriftlich mit, daß der Betrieb des Cafes durch die Gruppe KAI nicht mehr den Anstaltsinteressen entspreche, das KOMM 24 sollte von irgendwelchen anstaltsinternen Personen weitergeführt werden.

Ende Juni besetzten wir unser Beisl kurzfristig, um Verhandlungen zu erzwingen. Tja, wir verhandelten nach dieser Aktion dann auch wirklich kräftig mit allen möglichen Leuten. Leider merkten wir erst sehr spät, daß diese Verhandlungen nichts für uns, sondern nur Zeitgewinn für die Psychiatrie brachten.

7 Monate Zwangsschließung des KOMM 24 bedeuteten für unsere Gruppe KAI auch eine starke interne Belastungsprobe, im Laufe derer einige Leute die Gruppe verließen.

Mit neuer Kraft und neuen Leuten werden wir nun das angehen, was eigentlich immer unser Ziel war, aber nie konsequent verwirklicht wurde: Informationsarbeit direkt in der und aus der Psychiatrie.

Das Komm 24 bietet den geeigneten Rahmen für diese Arbeit: jede Sekunde sind wir mit Menschen konfrontiert, die mit Medikamenten (Antidepressiva, Neuroleptika, Tranquillizer etc.) vollgepumpt sind, die nicht gefragt werden, ob sie diese überhaupt nehmen wollen, die nicht über Wirkungen oder Nebenwirkungen dieser Sub-

stanzen aufgeklärt werden, obwohl das gesetzlich vorgeschrieben ist. Daher unser wichtigstes Vorhaben in nächster Zeit: Die Einrichtung einer Medikamenten(absetz)beratung im KOMM 24.

Informationsarbeit über die repressiven Maßnahmen der Psychiatrie muß aber schon früher ansetzen: Aus welchen Gründen "flippen" die Leute "aus", werden vom "Normaal" zum/zur "Ver-rückten"?

Normalität als Inbegriff der Leistungsgesellschaft muß zwangsläufig ihre Opfer fordern. Die Leistungsgesellschaft, der Kapitalismus produzieren ihre Systemopfer hier in Form von Psychiatriegefangenen. Der Staat, die Bürokratie brauchen und benutzen die Psychiatrie genauso wie Häfen und alle Art von Verwahranstalten zur Befriedung Widerspenstiger, als Abschreckungsmaßnahme gegen alle, die sich nicht der HERRschenden Norm anpassen wollen.

Die Zusammenhänge beginnen im Großen, setzen sich fort bis zur direkten Konfrontation mit deren Auswirkungen am Steinhof.

Vergewaltigungen werden mit Duldung von PsychiaterInnen verschwiegen, der patriarchale Alltag erfährt seine Fortsetzung.

Selbstmorde passieren offiziell meist aufgrund von "Depressionen", nicht aufgrund von Ausweglosigkeit, Verzweiflung, Kaputtmachen durch immer stärkere Medikamentendosierungen.

Neue Medikamente werden der Einfachheit halber an solchen Menschen ausgetestet, von den mensch weiß, daß sie sich

schon selbst aufgegeben haben.

Neuroleptika werden noch immer als Wundermittel gegen Depressionen, gegen "Schizophrenie" verabreicht, obwohl die Psychiater ganz genau wissen, daß diese Mittelchen die grausamsten "Nebenwirkungen" hervorrufen und im Extremfall tödlich sein können. Die Pharmamultis freut's sicherlich. Sie machen ohne viel Aufwand das große Geld. Bekommen Psychiater eigentlich Orden für Verdienste um die Pharmaindustrie?

Kreativität wird durch die psychiatrischen Wundermittel schon im Keim erstickt — keine Chance aus eigener Kraft davon wegzukommen.

Elektroschocks werden wieder verstärkt eingesetzt, obwohl nicht einmal in Psychiatriekreisen Einigkeit über deren Auswirkungen besteht. Menschen, die diese "Behandlung" am eigenen Leib erfahren mußten, sprechen von Hinrichtung bei lebendigem Leib.

Menschen in der Psychiatrie werden nicht "behandelt", sondern gehalten. Jede selbständige Entscheidungsbefugnis wird geraubt. Was übrigbleibt, ist selbstgerechter Glaube an die medizinische Allmacht von Seiten der Psychiater. ●

Die KAI sucht laufend MitarbeiterInnen und trifft sich jeden Mittwoch 19.30 in der CHUZPE.

## Die autonome Sanigruppe:

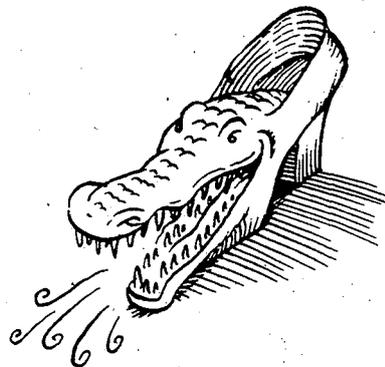
Da im Falle von Verletzungen bei Demos die Versorgung durch das öffentliche Rettungswesen ungenügend ist, gibt es eine autonome SanitärInnengruppe.

Ziel des Treffens ist die Koordinierung zum Aufbau von Strukturen, um möglichst effektiv arbeiten zu können.

Eingeladen sind alle, die praktisch und/oder theoretisch mithelfen wollen. Dazu zählen neben der Tätigkeit als Sani vor allem das Besorgen von Verbandsmaterial, spenden, Kontakte knüpfen, ...

Eigentlich sollte an dieser Stelle bereits im letzten TATblatt ein Treffpunkt/Termin angekündigt werden, der jetzt natürlich schon vorbei ist. Sollte sich eineR für die die Sanigruppe interessieren, werden wir versuchen einen Kontakt herzustellen. Sobald wir einen neuen Termin eines Treffens erfahren, werden wir's im TATblatt veröffentlichen!

**Die meisten schönen  
Schuhe sind nette  
kleine Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

**GEA**

GehenSitztenLiegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626  
1010 WIEN, Himmelfortgasse 26, Tel. 5121967

# VolksVERzählungs-Seite

Jetzt bringen wir endlich die lange versprochenen Informationen über die Folgen der Volkszählung für AusländerInnen; und zwar drucken wir hier ein Flugblatt der "Antirassistischen Initiative gegen 'Volkszählung'" zu diesem Thema ab, das es in mehreren Sprachen gibt (oder geben sollte).

## Achtung Volks"zählung"! Achtung Bespitzelung!

**Was erwartet dich als Ausländer/in?  
Warum wird diese staatliche  
Schnüffelaktion durchgeführt?**

Mitte Mai wird in ganz Österreich eine sogenannte "Volkszählung" durchgeführt. In Wien und anderen Orten über 5.000 EinwohnerInnen werden die "ZählerInnen" zwischen dem 2. und 14. Mai die Fragebögen austeilen. Ab dem 16. Mai werden die ausgefüllten Bögen wieder abgesammelt. Die "ZählerInnen" haben dabei den Auftrag, zu kontrollieren, ob alle Bögen richtig ausgefüllt wurden. Dazu werden sie die Leute, die zu Hause erreichbar sind, befragen, nach weiteren MitbewohnerInnen forschen und die Lage der Wohnung erkunden.

Die "ZählerInnen" erhalten für jede aufgespürte Person, die nicht ordentlich gemeldet ist, eine Sonderprämie (öS 70.— im Vergleich zu öS 40.— pro gezählter Person).

**Geht es wirklich nur  
um eine bloße Zählung der Bevölkerung?**

Angeblich geht es um die Planung von "Schulen, Straßen und öffentlichen Verkehrsmitteln" usw. ("Unser Wien", April 91). Es ist aber absurd, zu glauben, daß dafür mindestens eine halbe Milliarde Schilling ausgegeben werden und Strafen bis zu öS 30.000.— für Nicht- oder Falschantworten angedroht werden. Es geht nicht, wie behauptet wird, um das Wohl der Bevölkerung!

VertreterInnen der in Österreich lebenden kroatischen und slowenischen Volksgruppe charakterisieren die "Volkszählung" als Minderheitenfeststellung und lehnen sie ab. Der kroatische Akademikerbund ruft die kroatische Volksgruppe auf, diese "Minderheitenfeststellung" zu boykottieren (und ähnliche Absichten gibt es bei den slowenischen Organisationen).

Die "Volkszählung" steht nicht allein da, sondern mit ihr werden alle möglichen Sicherheitsgesetze ständig verschärft. Wir sahen schon beim "Stapo-Skandal" 1990, wie weit die Bespitzelung geht. Und Polizeichef Danzinger erklärte: "Ein großer Teil dieser Akten betrifft sicher Fremde, Studenten, Gastarbeiter, ... Palästinenser, Iraker, Kurden." (Kurier, 4.3.90)

**AusländerInnen sind  
ganz besonders betroffen**

Einige Fragen richten sich direkt gegen die ausländischen Werkstätigen:

\* Im Fragebogen wird genau gefragt, aus welchem Herkunftsland die befragte Person stammt, weil es für die staatliche Überwachungstätigkeit ja ein Unterschied ist, ob jemand aus Deutschland oder aus der Türkei, aus Britannien oder aus Jugoslawien kommt.

\* Auch wer bereits die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen hat, entgeht dem scharfen Auge des Schnüfflers nicht: Es gibt ja noch die Frage nach dem "Religionsbekenntnis" (Islam oder anderes, zB serbisch-orthodox) und nach der "Umgangssprache".

Da die Daten nach Grätzeln (Wohnbezirken) oder Wohnblöcken ausgewertet werden können, kann leicht statistisch festgestellt werden, wo unter dem Vorwand eines "zu hohen Ausländeranteils" eine neue Polizeiwachstube eröffnet, wo verschärfte Überwachung durchgeführt werden soll, usw.

\* Außerdem wurde auch nach der Wohnungsgröße und der Zahl der Personen im Haushalt gefragt: Wird eine "Überbelegung" der Unterkunft festgestellt, kann damit ein Abschiebungsgrund konstruiert werden.

\* Über die Frage nach der Berufstätigkeit kann Arbeitslosigkeit oder Schwarzarbeit (nicht angemeldete Beschäftigung) registriert werden, was wieder ein Abschiebungsgrund ist.

\* Nicht zuletzt sollen durch die systematische Überprüfung aller Wohnungen Österreichs (Berfragung des Hausmeisters/der Hausmeisterin, der NachbarInnen usw.) nicht gemeldete AusländerInnen ausgeforscht werden, darunter Menschen, denen der Asylantrag abgelehnt wurde, Arbeitssuchende, die keine Chance auf Asyl haben, usw., um sie abzuschieben.

**Der Staat verschärft  
AusländerInnen-Unterdrückung**

Im Zusammenhang mit den in den letzten Jahren ständig verschärften Sondergesetzen gegen ausländische Werkstätige (Ausländerbeschäftigungsgesetz, Frem-

## VolxVERzählung aktuell

Die (beiliegende) "Neue Volkszählungszeitung" soll massigst unter die Leute gebracht werden. zB. auf den Unis, im Nachbarhaus, in der Straßenbahn, usw. Zu diesem Zweck einfach bei der nächstgelegenen Initiative oder Gruppe, die sich mit diesem Thema zumindest beschäftigen *sollte* (zB. Grüne, KP, VZ-Gruppen, TATblatt, HTU-Medienzentrum,...), vorbeischaun und Zeitungen abholen. Sie sind inzwischen über ganz Österreich verteilt.

Die neu gebildete  
**Volkszählungs-Boycott-Gruppe**

trifft sich am **Samstag, 11. Mai 1991, 18.00 Uhr** im VolksVERzählungsbüro und ab dann regelmäßig (nur wann, steht noch nicht fest)

**Nächstes Volxzählungstreffen:**  
Mo, 13. Mai, 19.00 Uhr, EKH (Wien 10, Wielandgasse 2-4)

**VolksVERzählungsbüro und  
VolksVERzählungstelefon:**

Information und Beratung  
1090 Wien, Marktgasse 21,  
Tel.: 0222/34 50 524  
Donnerstag 17.00-19.00 Uhr, Freitag  
19.00-21.00 Uhr

**Rechtshilfe —  
"Unterstützungsfonds"**

für die Inanspruchnahme rechtlicher Beratung bei Folgen von Falsch- oder Nichtausfüllen.

WelcheR mind. öS 200.— einzahlt, ist mit dabei! •

# VolxVERzählungs-Seite

denpolizeigesetz, Asylrecht, Visabestimmungen, usw.), aber auch durch die Militarisierung der Flüchtlingsfrage (Soldaten zur Flüchtlingsabwehr an der Grenze) wird deutlich, in welche Richtung die staatlichen Bestrebungen gehen.

Und man/frau kann sich schon heute ausmalen, welche Hilfsmittel die Statistiker nach der Auswertung der "Volkszählung" dem Staatsapparat der österreichischen

## Widerstand gegen die Bespitzelung

All das zeigt die besondere Gefahr, die für ausländische Werkstätige von der "Volkszählung" ausgeht. Im Widerstand dagegen müssen wir das auch besonders berücksichtigen:

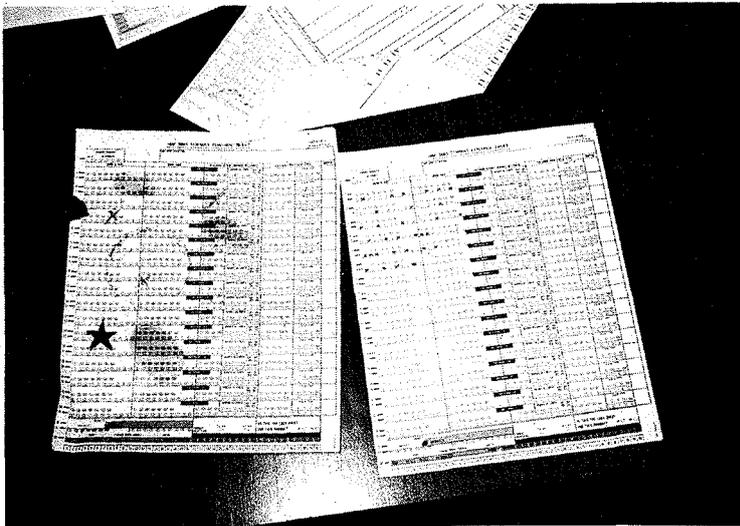
\* Das Fremdenpolizeigesetz §3, Abs 2, droht mit Aufenthaltsverbot, wenn gegenüber österreichischen Behörden falsche

deine Sprache sprechen.

\* Deshalb die "ZählerInnen" keinesfalls in die Wohnung lassen!

\* Die ZählerInnen haben auch kein Recht, Ausweise zu verlangen!

\* Die Bögen können auch im Magistratischen Bezirksamt (oder im Gemeindeamt) in den Postkasten geworfen werden! ●



*Nein, nein, nein, ganz falsch!*

*So solltet ihr eurem Zähler/leurer Zählerin auf keinen Fall gegenüberreten! Die VZ-Bögen bitte nicht als Tischtuch, Serviette oder Klopapier verwenden! (WelcheR keinen geschwiegenen Verwendungszweck dafür hat, schicke ihn doch einfach ans VolksVERzählungsbüro.)*

**Apropos: TATblatt VZ-Leiberl gibt's um öS 80.— in den Größen M, L, XL und XXL. Einfach auf Erlagschein einzahlen (Größe angeben nicht vergessen!).  
Konto: PSK 7 547.212, Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ●**

Imperialisten zur Verfügung stellen werden. Sei es, um "Kontingente" neu festzulegen, oder Visabestimmungen zu erlassen, Grenzkontrollen zu verschärfen, usw.

Wer den Versprechungen des Staats über "Datenschutz" glaubt, geht in die Falle: Erstens hält sich der Staat nicht an seine Gesetze, wenn es darum geht, die herrschenden Verhältnisse abzusichern (Stapo-Skandal); und zweitens ändert er einfach Gesetze, wenn sie hinderlich sind (Asylrecht, Sicherheitspolizeigesetz).

Die Geschichte hat schon einmal furchtbar gezeigt, wozu Volkszählungen gut sind: So schrieb der Chef der Nazi-Sicherheitspolizei und der Gestapo, Heydrich, wörtlich:

*"Auf ... Befehl des Reichsführers SS wird die Räumung von Polen und Juden in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchgeführt ... die Räumung ... erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung."*

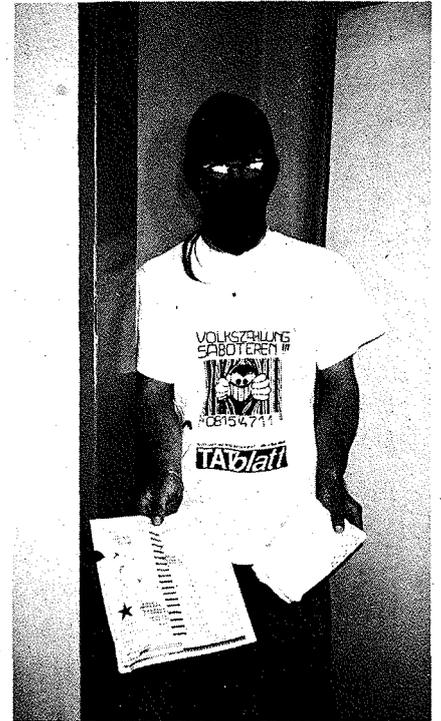
Heute ist es noch nicht so weit, aber Deportationen finden tagtäglich statt, und das im Rahmen einer sogenannten "Demokratie".

Angaben gemacht werden, um sich die Aufenthaltserlaubnis zu verschaffen.

\* Andererseits ist es in manchen anderen Fällen zumindest genauso gefährlich, richtige Angaben zu machen (überbelegte Wohnung, nicht gemeldete Arbeit, abgelaufene oder fehlende Aufenthaltsgenehmigung usw.)

\* Im Zweifelsfall ist es jedenfalls am besten, sich mit dem VolksVERzählungsbüro in Verbindung zu setzen (1090 Wien, Marktgasse 21, Tel: 34 50 524, Donnerstag 17.00-19.00 Uhr und Freitag 19.00-21.00 Uhr).

Es geht bei der "Volkszählung" nicht nur um die Sammlung von möglichst vielen und genauen Daten. Es geht dem Unterdrückungsstaat auch darum die Bevölkerung daran zu gewöhnen bzw. dazu zu zwingen, einen Staatsschnüffler widerspruchlos Auskunft über alle relevanten Daten zu geben. Den "VolkszählerInnen" zu vertrauen, ist genauso schlimm, wie der Fremdenpolizei oder Stapo zu vertrauen. Die "Zählerinnen" sind deine Feinde und sollten wie Feinde behandelt werden, auch wenn sie



## Literaturtipps:

### "VolksVERzählung — Schnüffelei statt Demokratie"

Umfangreicher Reader (143 Seiten) zur Volkszählung. Mit historischem Abriss "Volkszählung im Faschismus", Volkszählung international, Gesetzestexten und "Wie läuft die Volkszählung ab?"

Um öS 90.— plus 10.— Porto (Vorauszahlung per Erlagschein) bei uns zu haben.

### "Wir lassen uns nicht ausfratscheln"

Tips und Tricks zur Volkszählung Fortsetzungsbroschüre zum VolksVERzählungs-Reader. Mit den letzten Entwicklungen der Volkszählung, "Was können wir tun?", die häufigsten Fragen über die Volkszählung — kurz beantwortet, Blick in's Ausland, usw.

Um öS 40.— plus 10.— Porto bei uns zu haben.

**Konto : PSK 7 547.212, Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ●**

**LIEBE BEWOHNERINNEN, LIEBE BEWOHNER!**

In den nächsten Tagen soll also das Volk gezählt werden. Wozu eigentlich? Offizielle Stellen behaupten, daß sie die Daten brauchen, um die Steuergelder auf die einzelnen Gemeinden zu verteilen (für jeden Bewohner und jede Bewohnerin erhält die Gemeinde 150 000 öS pro Jahr). Außerdem hängt die Zahl der in einem Bundesland zu vergebenden Nationalratsmandate von der Zahl der EinwohnerInnen ab.

Die Wahrheit kann das aber nicht sein, denn die Zahl der EinwohnerInnen jeder Gemeinde/ jedes Bundeslandes läßt sich binnen Minuten aus dem Melderegister ablesen.

**Wozu braucht der Staat die Volkszählung wirklich?**

Der Staat will eine ganze Menge von uns wissen: Zum Beispiel, wo wir vor 5 Jahren wohnten, ob wir Matura haben, womit wir heizen oder wie intensiv wir uns "gesellschaftlich Betätigen".

Das alles hat mit der Verteilung von Nationalratsmandaten oder Steuergeldern NICHTS zu tun. Es geht der Regierung vielmehr darum, möglichst viele Daten über die Bevölkerung zu sammeln, um das Wirtschaftsleben "besser" organisieren zu können.

Ein Betrieb wird dort eröffnet, wo die geringsten Löhne gezahlt werden müssen; eine Straße oder ein Kraftwerk dort gebaut, wo der geringste Widerstand dagegen erwartet werden kann.

Die Ergebnisse der Volkszählung werden dazu verwendet, uns GEGEN UNSERE INTERESSEN vor vollendete Tatsachen zu stellen! Nicht wir sollen entscheiden können, was wir wollen und brauchen, sondern die Bosse in Regierung und Wirtschaft.

**Zur Zählung selbst:****Die Gemeinde Wien unterschlägt uns daher auch einiges an Informationen:**

• Nicht alle Fragen und Fragebögen müssen ausgefüllt werden. Die folgenden Fragen sind im Volkszählungsgesetz nicht vorgesehen und können daher gefahrlos verweigert werden:

auf dem Personenblatt die Fragen 3, 4, 8, 10b, 13, 14, 15

auf dem Wohnungsblatt die Fragen 4 und 6, sowie die Angabe der Adresse.

• Der Zähler/die Zählerin braucht nicht in die Wohnung gelassen werden. Wir sollten ihn/sie daher auch nicht rein lassen, denn die ZählerInnen sind dazu angehalten, von sich aus Informationen zu sammeln

• Die Fragebögen müssen nicht gemeinsam mit dem Zähler/der Zählerin ausgefüllt werden. Dem Zählorgan müssen auch keine Fragen beantwortet werden.

• Der Zähler/die Zählerin muß sich mit Zählausweis UND Personalausweis ausweisen können! Der Zählerausweis allein genügt nicht! Wenn er/sie keinen Lichtbildausweis hat, sollten sie ihn/sie nach Hause schicken.

• Die Bögen müssen nicht an das Zählorgan zurückgegeben werden. Sie können auch direkt am Gemeindeamt abgegeben werden. Wer will, kann sie auch dorthin schicken. das ist zwar nicht ganz gesetzlich — aber wer weiß das schon?

• **Ausländer und Ausländerinnen** sollten auf jeden Fall nur an der Adresse Bögen ausfüllen, an der sie gemeldet sind. Die Zähler sind angewiesen, nach nicht gemeldeten Personen Ausschau zu halten und diese zu erfassen. Für AusländerInnen kann das Nachteile haben. Verstoß gegen das Meldegesetz, eventuell auffliegen einer Scheinehe und vieles mehr. Angeblich bleiben diese Daten geheim und ziehen keine Strafverfahren nach sich. Aber das sollten wir nicht unbedingt glauben.

**Also: Bögen nur dort ausfüllen, wo sie wirklich polizeilich gemeldet sind.**

**Wer sich nicht so ohne weiteres zählen lassen will, hat mehrere Möglichkeiten, sich risikolos dagegen zur Wehr zu setzen**

- Unabsichtlich Tee oder Kaffee über die Bögen leeren (Kakao usw. tut's auch)
- Fragebögen mit Kugelschreiber oder dickem Filzstift ausfüllen.
- Fragen falsch oder unvollständig beantworten. Aber aufgepasst: Unsinnige Antworten (z.B. 14 Jährig, 3 Kinder, MillionärIn) erkennt der Computer. Schreibfehler beim Geburtsdatum u.a. passieren eben manchmal...
- Die Fragebögen können versehentlich an das statistische Zentralamt geschickt werden.
- Auf Langzeiturlaub gehen. Bei der Post abmelden/Urlaubsfach anlegen lassen. Das ist nicht verboten. Niemand ist verpflichtet, wegen der Volkszählung in Österreich zu bleiben. Die Gemeinde füllt dann nur die Daten vom Meldezettel aus.

**Wer der Meinung ist, daß seine oder ihre Daten den Staat gar nix angehen, hat auch mehrere Möglichkeiten, ihm diese vorzuenthalten:**

- Nicht anwesend sein, wenn der Zähler/die Zählerin kommt. Aber nicht zu oft (vielleicht 3 oder 4 mal), weil sonst werden sie vorgeladen.
- Bögen gar nicht abgeben ("habe sie schon weggeschickt")
- Leeres, gepolstertes Kuvert eingeschrieben absenden. Der Inhalt könnte irgendwo verlorengegangen sein.
- Auf jeden Fall versuchen, bis zum 28. Juni 1991 hinauszuzögern....

Wer sich für den sogenannten "harten" Boykott entscheidet, sollte unbedingt mit einer der nachstehenden Initiativen in Verbindung treten. Dort gibt es Rechtshilfe-Infos, eine Rechtsschutzversicherung für VolkszählungsboykotteurInnen und außerdem viele, viele Informationen.....

(.....)

Wer sich gegen die Folgen von Falsch- oder Nichtausfüllen absichern will, muß mindestens 200 öS auf das Konto: BA-WAG 02010 606 309 Kennwort "Unterstützungsfonds" einzahlen.

**WIR LASSEN UNS NICHT AUSFRATSCHELN!!!**

**TUN SIE DOCH WAS SIE WOLLEN — ABER BEHALTEN SIE IHRE DATEN FÜR SICH!!!**

Imp.: M. Novak, 1030 Wien

# Hannover: EXPO 2000

(Der folgende Artikel ist von EXPO-GegnerInnen aus Hannover. (Sept.90))

SPD/GABL-Ratsfraktion und SPD/Grüne - Landesregierung haben uns und alle HannoveranerInnen aufgefordert, "kritisch an der Gestaltung der Weltausstellung in Hannover" mitzuarbeiten. In diesem Flugblatt wollen wir darlegen, was wir von diesem Angebot halten.

Trotz des breiter gewordenen Widerstandes gegen eine Weltausstellung in Hannover im Jahre 2000 und trotz internationaler Vorbehalte gegen das neue Großdeutschland ist es der Messe-AG und ihren Lobbyisten gelungen, beim B.I.E. die EXPO 2000 durchzusetzen. Nachdem die lokalen Kapitalvertreter in Paris ihren Wurf gemacht haben, geht es ihnen nun verstärkt darum, das Ergebnis auch zu Hause abzusichern. Sie versuchen, die Bevölkerung - die vorher sicherheitshalber nicht gefragt wurde - zur Mitarbeit zu bewegen oder doch wenigstens stillschweigende bis ohnmächtige Akzeptanz für die EXPO und deren Begleiterscheinungen zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird sogar laut nach Kritik gerufen - nach kritischer Mitarbeit jedenfalls. Und damit dieser Ruf auch ja nicht ungehört verhallt, beeilt sich die SPD, eine eigene "Kritikerriege", die "Prüfsteingruppe", aufzustellen und Gelder für "die Unterstützung und Erarbeitung alternativer Gutachten" zu verlangen. Denn gibt es erst einmal einen Etat für Gutachten, werden sich wohl auch die "KritikerInnen" finden, die ihn in Anspruch nehmen wollen. Vor der Entscheidung in Paris hatte die Position "kritischer Mitarbeit" allerdings wenige Anhänger. Noch im Herbst 89 kämpfte Umweltdezent Mönninghoff allein an dieser Front, als er versuchte, die GABL/Grüne-Basis auf Realpolitik einzuschwören und erklärte, der Widerstand gegen die EXPO könne nur außerparlamentarisch sein, die Aufgabe eines Dezerenten sei es hingegen, die EXPO mitzuplanen. Aus konservativen Kreisen wurde Mönninghoff zunächst vehement angegriffen, weil er sich als EXPO-Gegner bezeichnete und noch Anfang des Jahres 1990 verkündete, die beste EXPO sei keine EXPO. Erst als glaubhaft wurde, daß er nicht nach dieser Devise handeln wird, bekam er Rückendeckung. So lobte die HAZ (eine Zeitung aus Hannover), gerade Mönninghoff, der sich positiv aus der Masse "kleinbürgerlicher" Bürokraten hervorhebe, welche nur Jubeladressen im Landtag formulieren würde. Aber auch in "alternativen" Planer- und Akademikerkreisen fand Mönninghoff langsam Anklang. Schon Monate vor der Entscheidung in Paris tönte die "AG Stadtleben", sie werde nun den Widerstand aufgeben und die Planungen "kritisch begleiten". Dazu grün-

dete die AG einen Arbeitskreis, der mit Podiumsdiskussionen EXPO-Betreiber und grüne Kritiker zusammenbrachte. Eine weitere Veranstaltung mit dem Bielefelder Soziologen Guggenberger, der in Symposien an der Vorplanung zur EXPO mitgearbeitet hatte, sollte beim alternativen Spektrum die Perspektive wecken, auf Veranstaltungen und Ausstellungen während der EXPO zeigen zu können, wie schön und vor allem ökologisch die Welt sein kann. Zwar konnte auch Guggenberger nicht begründen, wozu wir eine EXPO brauchen sollten, aber sie sei eben nicht zu verhindern, und da sollten wir doch das Beste daraus machen. Einige Monate später - einen Tag nach dem Zuschlag für eine Weltausstellung in Hannover - war Robert Jungk auf Einladung des SPD-Arbeitskreises 2005 in Freizeithaus Linden mit den gleichen Parolen zu hören. Beide, Guggenberger und Jungk, benutzen üppige, visionäre Bilder über die Welt, wie sie sein könnte und über Ideale, die während der EXPO einem Millionenpublikum pädagogisch aufbereitet dargebracht werden könnten. Dadurch müssen sie sich weder mit der Welt, wie sie ist, auseinandersetzen noch damit, welche Interessensgruppen wirken und wie sie mit dem Vorzeichen EXPO ökonomisch und soziale Verhältnisse für einen Teil der Bevölkerung Hannovers verschlechtern werden.

Diese Glaubwürdigkeitslücke hat wohl dazu beigetragen, daß Schlagwort vom "ökologischen Stadtumbau" als Ziel des "Kritischen Engagements" in Mode zu bringen. Auch dabei war es zunächst nur die AG Stadtleben, die Mönninghoffs Vorschlag ernst nahm, bei den Strukturplanungen der EXPO ein paar kosmetische Farbtupfer unterzubringen. Noch Ende März 90 versuchte die AG vergeblich, ein Hearing vorzubereiten, auf dem konkrete Vorschläge für alternative Stadtentwicklungsmodelle erarbeitet und diskutiert werden könnten. Nach der Landtagswahl trat die SPD-Prüfsteingruppe ebenfalls mit dieser Linie an die Öffentlichkeit. Wenig später gründeten Konservative wie der Richter a.D. Berlitt (1985 für die Behandlung der hungerstreikenden RAF-Gefangenen in Celle verantwortlich) und Polizeipräsident Domaschk einen Werbeverein für die Weltausstellung, den "Club EXPO 2000". Auch sie haben die "kritische Begleitung" bereitwillig in die Vereinsatzung aufgenommen, denn, so Berlitt, den Krieg darf man nicht den Generälen überlassen. Herbert Schmalstieg verkündet: "Kritische Stimmen braucht man und muß man mit einbeziehen" und selbst Birgit Breuel fordert zur kritischen Mitarbeit auf.

Pflichtschuldig offenbaren sich nun alle: Christ- und Sozialdemokraten, Alternative und Stadtverwaltung, ja sogar die Urheber

der Idee einer Weltausstellung in Hannover als "kritische Begleiter" und führen selbstverständlich alle beflissen das Wort "Ökologie" bzw. "ökologischer Stadtumbau" im Munde. Befürworter werden Kritiker und Kritiker Befürworter, letztlich ziehen alle harmonisch am gleichen Strang. Es fragt sich allerdings, welche Funktion Kritik überhaupt hat, wenn sie von den Herrschenden gefordert wird und worin der Sinn hinter einer solchen Beteiligung liegt, welche Interessen sich darin ausdrücken.

Für die Herrschenden geht es sicherlich darum, die auch von ihnen erwarteten Konflikte im Rahmen der EXPO 2000 zu begrenzen. Wo es gelingt "KritikerInnen" einzubinden, wird gleichzeitig der Widerstand gegen EXPO Pläne gespalten und das Feld der Auseinandersetzung vorgegeben, von oben thematisch gesetzt. Vielleicht ist die eine oder andere "alternative" Idee sogar verwertbar, in jedem Fall aber ungefährlich, solange an der gesellschaftlichen Entscheidungshierarchie nicht gerüttelt wird, letztlich also Kapitalinteressen bestimmen was passiert.

Die Forderung nach konformer Kritik mag für manche tatsächlich die realen Machtverhältnisse vernebeln, da sie zunächst Einflußmöglichkeiten suggeriert. Allerdings zeigt schon ein Blick auf die Erfahrungen in den Sanierungsgebieten, wie begrenzt dieser Einfluß ist. Dort wird am Bürgerbeteiligungsverfahren nur so lange festgehalten, solange es Stadt und Verwaltung gelingt, die Zustimmung zu ihren Vorhaben zu erhalten. Insgesamt ist es schon erstaunlich, daß Schmalstieg und Breuel, Mönninghoff etc. noch andere Reaktionen hervorrufen als lautes Gelächter. Da ist für manche die Vorstellung wohl zu verlockend, endlich einmal "erfolgreiche Politik" machen zu dürfen und "bei denen da oben" Gehör zu finden. Dankbar wird auf den von den EXPO-Strategen vorgegebenen Spielwiesen an Nischen gebaut und auf den privaten Schnitt gehofft. So etwa beim Öko-Tech-Projekt "Werkhof", das sich in der Neuen Post vom 7.8.90 als grünes Öko-Projekt für die EXPO anzudienen versucht.

"Alternative" Projekte und die intellektuelle Mittelschicht können sich diese Kurzsichtigkeit leisten, da sie oft nur mittelbar von den negativen Auswirkungen der EXPO betroffen sind. Daher reicht es ihnen schon, wenn nur einige positive Identifikationspunkte geliefert werden, an denen sie die Illusion nähren können, es gäbe so etwas wie einen "guten" oder "ökologischen" Kapitalismus.

Und solche Identifikationspunkte werden angeboten, weil die Kreativität und Flexibilität der neuen Mittelschichten urchaus gefragt ist, solange sie der Modernisierung

## Wien, das Geld, die Brücken, die Zukunft und der Betrug mit der Volksbefragung

# Nein zur Weltausstellung Wien-Budapest 1995

Allgemeines, Grundsätzliches und Allfälliges anlässlich der Volksbefragung

(TATblatt-Wien)

### WIE ALLES BEGONNEN HATTE:

Also da war einmal Wien: eine Großstadt, die sich nach veröffentlichter Meinung der Politiker gerade eifrigst zur Weltstadt zu mausern im Begriffe war, mit einer City mittendrin, die sich gerade zur weltstädtischen City zu entwickeln trachtete, mit Immobilienpreisentwicklungen, die dem Trend zum weltstädtischen Standard um nichts nachstanden. Was so für sich genommen gar nicht mal so was großartig neues war, da die City doch immer schon was für die Reichen war, die um sich greifende Yupisierung also nur kaum eine soziale Umstrukturierung bedeutet hatte.

Trotz oder wegen der immer steigenden Preise wurde die immer weltstädterische City, wie das nunmal so ist, zum immer besseren Geschäft. Einem Geschäft, das sich grenzenlos ins Unermessliche hätte steigern können, wenn so historisch gewachsene Innenstädte nicht den grenzenlosen Nachteile hätten, in ihrer Größe ziemlich klar begrenzt zu sein. Und nicht nur, daß sie begrenzt sind: Drumherum sind auch noch andere Stadtteile, die, wenn auch weniger attraktiv und weniger verwertbar, so doch auch nicht einfach im Handstreich abgerissen werden können. In Wirklichkeit lassen sie sich freilich sehr wohl im Handstreich wegräumen, einen gewissen Legitimationsnotstand müßte der bürgerliche Rechtsstaat und die bürgerliche Rechtsstadt da aber schon in Kauf nehmen.

Wenn also davon ausgegangen werden muß — und davon wurde ausgegangen —, daß 1.) die City sogenannte "City-Erweiterungsflächen" brauchte, um "sich" zu erweitern und 2.) diese Flächen unglückseligerweise schon anderswertig genutzt wurden, und daher nicht so einfach zur City umgewidmet werden konnten, gab es praktisch nur eine Möglichkeit:

Der oben angesprochene Legitimationsnotstand mußte mittels strahlender zukunftsweisender zeitgeistlicher Programme überwunden werden.

### WAS DA AUCH NOCH WAR

Ein Problem, das die herrschenden Politiker in der einstigen Reichshaupt- und Residenzstadt Wien immer schon am meisten bedrückt hatte, ist jenes, daß Wien außer in einschlägigen Operetten und Walzern gar nicht so richtig an der schönen blauen Donau liegt, wie dies einer Weltstadt entspräche. Vielzitierte zum Beispiel gereichende Vorbilder sind etwa das an der Themse liegende London, das von der Seine durchzogene Paris. Ja und sogar das — wie es so schön heißt — jahrzehntelang vom Joch der kommunistischen Räuberbanden gepeinigete Budapest liegt unendlich mal mehr an der Donau als es Wien tut. Die Wiener Innenstadt liegt lediglich am Rande eines alten Donauar-

mes, der im Zuge der Donauregulierung im 19. Jahrhundert zu einem schmählichen *Donaukanal* degradiert wurde.

Also war es stets erklärtes Ziel führender Staatsmänner, Wien wieder an die Donau zu rücken. Adolf Hitler wollte hierzu beispielsweise seinerzeit die Innenstadt quer durch den zweiten Bezirk bis zur Donau hin ausdehnen und am anderen Ufer der Donau durch gigantische Repräsentationsbauten abschließen.

Die heutigen Führer unserer Tage wollen hingegen die City quer durch den zweiten Bezirk bis zur Donau hin ausdehnen und am anderen Ufer der Donau durch gigantische Hochhausverbauung abschließen.

### ALSO

Wie schon angesprochen, ist es aber nunmal nicht so einfach, bestehende Stadtteile so mir nichts dir nichts durch eine City zu ersetzen. Diesen Anstrengungen kommt aber der Umstand entgegen, daß in den in Betracht kommenden Stadtteilen größtenteils ArbeiterInnen und deren Familienangehörige wohnen. Auch der Anteil der sogenannten AusländerInnen ist überdurchschnittlich hoch. Alles in allem eine Bevölkerungsstruktur, die schon härteres Zugreifen seitens der Spekulanten und Behörden zuläßt.

Den City-Erweiterungsbestrebungen kommt ferner der Umstand außerordentlich entgegen, daß in der Zeit der Monarchie gerade im zweiten Bezirk mehrere große Frachtenbahnhöfe entstanden sind, die mittlerweile im Zuge des allgemeinen Trends der Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die geschäftsträchtigere Straße und im Zuge der Zentralisierung des Eisenbahn-Verschubes auf einen Zentral-

nach und nach in das Eigentum der Stadt übergehen und zu den Kernbereichen der Cityerweiterung werden. Die Österreichischen Bundesbahnen haben da zwar etwas andere Vorstellungen, die wollen sich die Bahnhöfe nämlich eigentlich behalten und auch weiterhin verwenden. Mittels ministerieller Weisung wurde unterdessen aber zumindestens der Verkauf des zur Cityerweiterung wichtigeren Frachtenbahnhofs Wien Nord durchgesetzt.

Am anderen Donauufer befindet sich derzeit das "Vienna International Center", sprich: die Wiener Uno-City, der dritte Sitz der Vereinten Nationen, und das "Austrian Center Vienna", bodenständiger auch Konferenzzentrum genannt. Beides Gebäude, die zweifellos nicht abgesiedelt werden sollen, entsprechen sie doch sowohl in Nutzungsart und Architektur (ansprechende Glas- und Stahlfassaden, von elegantem Beton dezent umfaßt, und alles zusammen möglichst hoch nach oben gezogen) durchaus ohnehin den Vorstellungen moderner Stadtplanung. Lediglich links und rechts und davor und dahinter soll dazugebaut werden. Möglichst Hochhäuser, damit Wien endlich auch einmal die richtige Skyline hat, die eine richtige Weltstadt nunmal so dringend braucht. Da die Uno-City zum Großteil ohnehin "nur" von einem Park und einem Autobahnknoten — der stellenweise überdeckt werden soll — umgeben ist, ist dafür sogar genug Platz.

Eine dritte City-Erweiterungsfläche, die in den letzten Monaten noch ins Spiel gekommen ist, liegt eigenartiger Weise total abseits, und ist noch eine gute Stunde Gehzeit von der Uno-City entfernt. Sie befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Sportflughafens Aspern. Ein Gelände, das bereits vor etwa einem Jahrzehnt zum Teil

zu außerordentlich günstigsten Bedingungen mit Symbolpreisen an General Motors zur Betriebsansiedlung zur Verfügung gestellt wurde. Wieso die restlichen Flughafenflächen jetzt auch ins Gespräch zur City-Erweiterung gekommen sind, ist den Schreibenden dieser Zeilen noch ziemlich unklar. Entweder liegt da ein eklatanter Planungsfehler vor, oder es kommen da vorderhand noch unergründbare Geschäftsinteressen ins Spiel, die die in Bewegung geratene Dynamik — wie man so schön sagt — ausnutzen sollen.

### NUNJA:

In diesem Sinne ist also wider Erwarten genug Platz zur City-Erweiterung vorhanden. Vom Abriß bestehender Stadtteile kann also keine Rede sein. Alles bestens, sozusagen.

Darüberhinaus erfahren die schon bestehenden Stadtteile zwischen Innenstadt und Donau sogar eine spürbare Aufwertung, vor allem infrastrukturell. Na, Super! Das hat allerdings freilich auch seinen stolzen Preis. Und so kam es,



verschiebepark am Stadtrand stark an verkehrspolitischer Bedeutung eingebüßt haben. Diese Bahnhofsgelände sollen nun nach Vorstellung der Gemeinde Wien

daß die Grundstückspreise explodierten, und mit ihnen die Mieten. Die bislang ansässige Bevölkerung, der netterweise sovielle infrastrukturelle Verbesserungen beschied werden soll, kann sich das weitere Wohnen in der Folge aber nicht mehr leisten und wird somit zum Ausziehen gezwungen. Bisweilen wird auch weniger subtil vorgegangen: Kurz und schmerzvoll wird einfach die Wohnung aufgebrochen, der Inhalt auf die Straße geräumt, und wenn die BewohnerInnen nach der Arbeit in ihre vermeintliche Wohnung zurückkommen ist schon alles erledigt. (Fälle, die freilich konsequent geheim gehalten werden. Außerdem werden auch nicht ganze Häuser auf einmal geräumt, sondern schön eine Wohnung nach der anderen, auf daß jegliche Solidarisierungsgefahr ausgeschaltet wird. Ausgerechnet "Wochenpresse" hat vor ein paar Monaten (hm, nicht gerade eine vorbildliche Quellenangabe, ich weiß, aber ich find' jetzt diesen blöden Zeitungsausschnitt nimmer!) in einem Artikel die eben beschriebene Vorgangsweise quasi aufgedeckt.

Die Gemeinde Wien will von alledem freilich nichts wissen (davon abgesehen, daß sie davon klarerweise ohnehin sehr wohl bescheid weiß). Steht doch im "städtebaulichen Leitprogramm für den donaanahen Entwicklungsraum" der Gemeinde Wien sogar dezidiert, daß solche Praktiken verhindert werden sollen. Und auch Bezirksratsbeschlüsse wenden sich wiederholt in sogenannter ungewohnter Klarheit gegen die Praktiken der Grundstücks-Spekulanten. Was den Delogierungen, Verdrängungsprozessen und ähnlichen gottgegebenen Naturereignissen freilich keinen Abbruch leistet.

### **DANN SCHUF GOTT DIE WELTAUSSTELLUNG**

Die weltstädtischen Bedürfnisse waren also klar. Ungeklärt blieb die Finanzierung. Die Gemeinde Wien konnte sich die Umsetzung der hochtrabenden Pläne alleine freilich nicht leisten. So gewinnversprechend sie auch angeblich sein sollten, zuerst einmal muß Geld da sein, damit es sich vermehren kann.

Also wurde die Idee geboren, transnationales Großkapital heranzuziehen. Doch dieses kommt nunmal auch nicht von alleine. Es mußte ein Anlaß geschaffen werden, es nach Wien bekommen zu können. Nach dem großen Vorbild Münchens wurde zuerst die Idee geboren, vielleicht olympische Spiele in Wien abzuhalten. München, so wird erzählt, soll ja mittels der Olympischen Spiele großartige infrastrukturelle Leistungen vollbracht haben. Irgendwer hatte dann offenbar die Idee, in Wien vielleicht eine Weltausstellung zu veranstalten, was immer das auch werden sollte. Und irgendwann bewarb sich Wien dann auch tatsächlich beim Internationalen Weltausstellungsbüro für den nächstmöglichen Termin, 1995. All die hoffnungsvollen Träume drohten dann aber wie eine Seifenblase zu zerplatzen, als gesehen werden mußte, daß sich unterdessen auch Budapest für die Austragung der Weltausstellung 1995 beworben hatte.

Ungarn, damals noch fest in der Hand der sogenannten Kommunistischen Partei, versuchte gerade als erstes RGW-Land sich "gegen den Westen hin zu öffnen", wie es so schön heißt. Sprich: Die Regierung wollte sogenanntes westliches Kapital ins Land ho-

len, um die nicht gerade realsozialistische Wirtschaft anzukurbeln. So entstand die Idee der Weltausstellung "drüben".

Nun war die Sache aber eine solche, daß Budapest als "Ostblockland" wohl nur geringe Chancen hatte, justament Austragungsort einer der größten, wenngleich von der Idee her etwas überalterten, Leistungsschaufenster der kapitalistischen Industrienationen zu werden. Wiewohl Wien als Wischi-Waschi-Standort auch nicht gerade attraktiv war. Zwei Umstände, die beiderseits des "eisernen Vorhanges" eingesehen wurden.

Da westliche Politiker und Kapitalisten bekanntlich immer schon dazu tendiert haben, in missionarischer Selbstlosigkeit die "unterjochten" Völker des Ostens zu "befreien", und ebendies am besten dadurch zu bewerkstelligen war, daß die zu befreienden Länder durch Kapitalflüsse in gewisse Abhängigkeiten getrieben wurden, entstand irgendwann einmal die Idee, die Weltausstellung in Wien und Budapest gleichzeitig abzuhalten.

Das "twin-city-Konzept" war geboren. Das hatte es noch nie zuvor gegeben. Eine Weltausstellung in zwei Städten gleichzeitig. Noch dazu in zwei Städten, die auf verschiedenen Seiten des berühmten "eisernen Vorhanges" lagen. Ein Zuschlag des Internationalen Weltausstellungsbüros wurde wahrscheinlicher denn je. Wurde doch die Vorstellung, mittels der Weltausstellung zum Abbau des "eisernen Vorhanges" beitragen zu wollen, niemals zu verbergen gesucht.

Und da da also einerseits so viel trennendes da war, wie der vielzitierte Vorhang, dieser eiserne, und andererseits aber so viel zusammenführendes, war dann auch irgendwann die Idee geboren, die ganze Weltausstellung unter das Motto "Brücken in die Zukunft" zu stellen. Denn schließlich brauchte die Weltausstellung ja auch ein Thema. Nicht zuletzt deswegen, weil sie rein formell keine "Welt-Universal-Ausstellung" sein sollte, wie beispielsweise in Sevilla 1992, sondern bloß eine "Weltausstellung". Der Unterschied dieser beider Ausstellungstypen hat sich gewissermaßen historisch entwickelt und mittlerweile auch schon wieder so verwaschen, daß er eigentlich bedeutungslos geworden ist, und daher einerseits hier nicht weiter ausgeführt werden soll, andererseits in nächster Zeit vom Internationalen Weltausstellungsbüro sogar wieder abgeschafft werden wird.

Das Thema "Brücken in die Zukunft" kam auch den City-Erweiterungsplänen der Gemeinde Wien schön entgegen, weil so auf einer abgehobenen Metapher-Ebene der Bezug Stadt-Donau je nach Bedarf immer irgendwie hergestellt werden kann und genug Platz für eine schier grenzenlose philosophische Spielwiese bot. Diese philosophische Spielwiese sollte sich in der Folge noch überaus nützlich erweisen, um die gesamte sogenannte Intelligenz des Landes, also die sogenannten "Intellektuellen", vorzugsweise vom Typus fortschrittlich-liberal, einzukaufen.

Die Donau sollte auch noch ein weiteres Mal in der Vorgeschichte der Weltausstellung 1995 eine wichtige Rolle spielen, nämlich im Fall Gabčíkovo-Nagyymaros.

### **EXKURS**

Im Dreiländereck Österreich-CSSR-Ungarn sollte ein riesiges Wasserkraftwerk

gebaut werden, mit kilometerlangem Staubeereich und Leistungen, die mit einem durchschnittlichen Atomkraftwerk spielend mithalten können. Der Staubeereich des Kraftwerkes sollte kurz nach der österreichischen Staatsgrenze auf Staatsgebiet der CSSR bei Gabčíkovo beginnen und bis ins ungarische Nagyymaros reichen.

In Österreich war es seit der erfolgreichen Besetzung der Donaukraftwerksbaustelle bei Hainburg schwer geworden, Kraftwerksbauten durchzusetzen. Also war die österreichische Verbundgesellschaft außerordentlich interessiert, sich finanziell an dem Projekt zu beteiligen, und dafür einen angemessenen Anteil an der zu gewinnenden Energie zu bekommen. Alles in allem waren neben der Verbundgesellschaft und der Republik Österreich, die größten österreichischen Banken und die gesamte in Kraftwerksfragen engagierte Elektro- und Maschinenindustrie Österreichs beteiligt. Das gemeinsame Monsterprojekt Gabčíkovo-Nagyymaros sollte es ermöglichen, die wild umstrittenen Umweltschäden ins "Ausland" zu exportieren. Darüberhinaus war die politische Durchsetzbarkeit solcher, aus ökologischer Sicht wahnsinniger, Projekte im "Ostblock" viel eher gegeben, als im "Westen". Waren doch "die da drüben" bekannt dafür, wie sie mit solchen Problemen fertig wurden.

Die sogenannte Liberalisierung Ungarns brachte es aber mit sich, daß dort überraschenderweise vermehrt oppositionelle Gruppen, darunter Umweltschutzgruppen, aktiv wurden und nicht unwesentliche Macht errangen. Und so trat 1989 das unmöglich gewöhnliche ein: Für alle Beteiligten vollkommen unerwartet stieg die schon sehr wackelige KP-Regierung Ungarns plötzlich aus dem Kraftwerksvertrag aus. Milliarden-geschäfte drohten zu platzen. Der Schock auf österreichischer Seite hielt sich aber erst einmal in Grenzen, denn schließlich war da ja noch die "harte" CSSR, die mit den Bauarbeiten für das Kraftwerk schon sehr weit fortgeschritten war und die dem verräterischen Bruderstaat postwendend mit Sanktionen drohte. Die weiteren Entwicklungen des Jahres 1989 brachten es mit sich, daß schließlich auch die mittlerweile umbenannte CSFR die Arbeiten einstellen ließ und das Projekt zumindestens mal ruhen läßt. Die österreichischen Banken und Konzerne forderten umfangreiche Entschädigung. Die Forderungen ließen sich aber nur schwerlich durchsetzen. Würden dann ja gerade die ach so um die Freiheit bemühten westlich-austro-neutralen Politiker und Banker als Bremsschuh der Demokratisierung des Ostblocks dastehen. Also wurde nach einer diplomatischen Lösung gesucht, und das Geld hin und her verschoben, bis schließlich die Kredite irgendwie so umgewidmet waren, daß der größte Teil des für das Kraftwerksprojekt vorgesehenen Geldes in die EXPO fließen konnte.

Der weitere Fortgang der sogenannten Demokratisierung in Ungarn, und vor allem der Sturz des sogenannten KP-Regimes brachten es mit sich, daß Ungarn unterdessen auch aus der EXPO aussteigen möchte, zumal es für die notwendigen Investitionen irgendwie kein Geld mehr hat, vielmehr auf dem Weg zum Kapitalismus gerade am Rande des Ruins angelangt ist. Unter der heute vorherrschenden neuen Armut mit Lebensmittelknappheit, Benzinknappheit, Obdachlosigkeit, usw läßt sich die geplante

EXPO nur schwerlich mit der Propaganda von der jungen Demokratie vereinbaren.

Würde Ungarn nun aber nach Nagymaros auch aus den EXPO-Verträgen aussteigen, wäre die Kreditwürdigkeit beim nahe-legenden westlichen Nachbarstaat für un-absehbare Zeit dahin. Die Konsequenzen wären nicht absehbar.

Bis zur Stunde wurde in Ungarn noch keine definitive Entscheidung getroffen. Die mit einer klaren EXPO-NEIN-Linie zu den Budapester Kommunalwahlen angetretenen "freien Demokraten", drücken sich seit ihres Wahlsieges von einer Entscheidung, einer Entscheidung, die erst kürzlich von der Ungarischen Regierung sicherheitshalber an die Stadt Budapest übertragen worden ist.

Der massive Druck seitens des österreichischen Kapitals ist unübersehbar.

### EXPO AUCH ALLEINE?

Der Zuschlag des Internationalen Weltausstellungsbüros für die EXPO Wien-Budapest 1995 bezog sich seinerzeit eindeutig auf eine gemeinsame Austragung der EXPO von Wien und Budapest gleichzeitig. Ein etwaiger Ausstieg Budapest's hätte also lange Zeit hindurch auch das Ende des gesamten EXPO-Projekts bedeuten können. Mittlerweile wurde nach längeren Verhandlungen mit dem Internationalen Weltausstellungsbüro abgeklärt, daß Wien die EXPO notfalls auch alleine machen dürfe.

Trotzdem wird nun auch von Wiener Seite eine ganz ganz endgültige Entscheidung doch noch von der immer wieder verschobenen endgültigen Entscheidung Budapests abhängig gemacht.

Derzeit gibt es folgende Möglichkeiten, wie das alles weitergehen könnte:

1.) Budapest macht wie ausgemacht mit

Dann bleibt klarerweise alles beim alten. Die EXPO findet 1995 in Wien und Budapest statt.

2.) Budapest steigt aus

dann macht entweder Wien die EXPO 1995 alleine, oder macht 1996 eine EXPO unter dem Motto "Tausend Jahre Österreich" (was nicht gerade attraktiv wäre), oder steigt auch aus der EXPO aus und macht nur eine kleine "Mitteleuropa-Ausstellung", oder einfach pompöse Tausend-Jahre-Österreich-Feiern

3.) Budapest schlägt vor, die EXPO gemeinsam um ein Jahr zu verschieben. Die EXPO würde dann in der geplanten "twin-city"-Konzeption stattfinden, allerdings erst 1996.

Auf alle Fälle spielt die Gemeinde Wien unterdessen wiederholt auch mit der Variante herum, daß die EXPO überhaupt nicht stattfinden wird. Die Pläne zur Erweiterung der Wiener City, mittlerweile zum Projekt einer "Zweiten Wiener City" umbenannt, sollen aber trotzdem verwirklicht werden, wie wiederholt verlautet wurde.

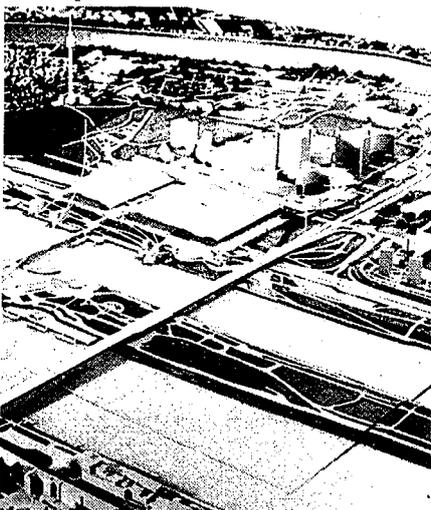
Freilich ist es in einem solchen Fall aber viel schwieriger das erschte transnationale Großkapital in die Stadt zu bekommen. Die Finanzierung wurde aber mittlerweile durch die vielen Unsicherheiten, die sich aus dem Verzögern Budapests ergaben, auch sonst viel schwieriger als erwartet. Wien muß sich daher gegenüber den potentiellen Geldgebern als von Budapest unabhängig präsentieren. Ja es muß gegenüber den Investoren auch weitgehend der Eindruck vermittelt werden, daß sich die Investitionen unabhängig von einer EXPO ga-

rantiert lohnen werden.

Dazu wurde von dem einstigen Finanzierungskonzept, daß je eine EXPO-AG in Wien und Budapest vorgesehen hatte, abgegangen. In Wien gibt es nun eine EXPO-Vienna-AG zur Vorbereitung und Finanzierung der EXPO auf Wiener Seite und eine "Wiener Entwicklungsgesellschaft Donauraum" (WED), die die ganzen Angelegenheiten mit der City-Erweiterung überhat.

Ein "Finanzpartner", der für die EXPO von Anfang an im Gespräch war, hat mittlerweile schon ziemlich fix zugesagt, nämlich das japanische Finanzkonsortium "Nomura".

Nomura wird sich sowohl in die EXPO-Vienna AG und in die WED zu 20% einkaufen. Ein Vertragsabschluß liegt bislang noch nicht vor. In den Medien werden aber in immer kürzer werdenden Abständen immer definitiver werdende Zusagen Nomuras kolportiert. Dadurch entsteht für die



Teile der Bevölkerung, die sich den nicht gerade gängigen Namen Nomura nicht hundertprozentig einprägen können, der Eindruck, als ob sich das gesamte Großkapital Japans um die Finanzierung der Weltausstellung in Wien reißt. Schließlich fällt ja den DurchschnittsbürgerInnen nur kaum auf, daß da alle paar Wochen zwar immer neuerlich ein Finanzpartner präsentiert wird, dieser aber jedesmal der selbe ist.

Nomura hat auch "definitiv" erklärt, die Beteiligung an der WED auch im Falle eines Platzens der EXPO-Pläne aufrecht zu halten. Einigermaßen klar gelegt hat Nomura aber auch, an der Gestaltung der neuen Wiener City "interessiert" zu sein, also ein paar Wörterln mitreden zu wollen.

Sowohl die EXPO-Vienna-AG als auch die WED soll neben Großkonzernen wie Nomura von österreichischen Banken und Versicherungen und der Wiener Holding gekauft werden. Der ursprüngliche Plan, daß die Gemeinde Wien, im Augenblick Alleinaktionärin, alle ihre Anteile verkauft, wird derzeit aber noch neudiskutiert, weil sich der zuständige Finanzstadtrat dermaßen hohe Gewinne von der EXPO verspricht, daß sich die Gemeinde doch unbedingt hohe Anteile sichern muß. Ob damit ein Hintertürl offengehalten werden soll, für den Fall, daß sich zu wenig Investoren einfinden sollten, ist unklar.

### BRÜCKEN IN DIE ZUKUNFT

Das Motto Brücken in die Zukunft, und der "völkerverbindende", Aspekt der Über-

windung der "Blockgrenzen" ist mit den Entwicklungen im "Osten" irgendwie veraltet. Ein glücklicherweise rechtzeitig eingerichteter "Kulturbeirat" ist aber ohnehin schon seit geraumer Zeit bemüht, das Thema "Brücken in die Zukunft" — mittlerweile mit der brisanten wegweisenden Fragestellung "Was trägt noch?" erweitert — mit Inhalten zu füllen. Dies geschieht mittels abgehobener weltfremder endloser aber dafür gut bezahlter philosophischer Ergüsse. Die führenden Intellektuellen wurden so rasch als möglich mit der Erstellung von Beiträgen und der Teilnahme an der Diskussion beauftragt, und somit geschickt eingekauft, womit mögliches kritisches Potential von gutem Ruf von vornherein ausgeschaltet war. Mit diesem Schachzug wurden auch gleich linksreformistische Intellektuellenzirkeln wie der "Republikanische Club" mitgekauft (der hat mit den BRD-Reps überhaupt nix zu tun. Der Republikanische Club ist ein Intellektuellenzirkel, der aus der Anti-Waldheim-Kampagne bei der letzten Bundespräsidentenwahl entstanden ist. Damals trat der Republikanische Club erstmals mittels zahlreicher Veranstaltungen und verschiedener künstlerischen Aktionen in der Öffentlichkeit auf und entwickelte rasch eine ziemliche Sogwirkung auf die reformistische Linke).

Einige "Linke" versuchen auch die EXPO als "Trägerrakete" für "soziale Innovation" zu nützen, und meinen, mittels durchdachter Ausstellungen, Projekte wie Basislohn, Arbeitszeitverkürzung etc rahmens der EXPO zum weltweiten Durchbruch zu verhelfen.

Da sich im Vorfeld der EXPO vor allem in Hinblick auf die zu erwartende Verkehrslawine Widersprüche auftaten, stand die EXPO-Planung nicht an, die EXPO fortan als Musterbeispiel stadtgerechter Verkehrsplanung, als "autofreie EXPO" usw usf zu verkaufen. Rasch wurden ein paar kritische Verkehrsplaner eingekauft, die durchaus kluge Dinge sagten, wenngleich sie auch selbst nicht daran glaubten, daß sich ihre Utopien im Rahmen der EXPO irgendwie verwirklichen lassen. Sie spielen schön brav ihre Rolle als intellektuelles Feigenblättchen in der Propagandamaschinerie der Stadt.

Die Versuche der Propagierung der ersten "Autofreien Weltausstellung", als ökologisches Musterprojekt mit zukunftsweisender Tragweite, als Trendwende in der Stadtplanung, und wie immer das alles genannt wird, alldies wird auch in Hannover praktiziert. Auch dort steht die erste ökologische Weltausstellung — bloß vier oder fünf Jahre später — vor der Tür. Wenn es den Ökoschmäh nicht schon zu kaufen gäbe, müßten ihn die Herrschenden wohl umgehend erfinden.

### DER STAND DER DINGE

In Anbetracht der Tatsache, daß die EXPO 1995 stattfinden soll, wir unterdessen 1991 schreiben, entsteht bisweilen irgendwie der Eindruck, als ob alles irgendwie knapp würde. Von regen Bautätigkeiten ist derzeit noch nirgendwo was zu sehen. Die Planungen erfreuen sich noch ziemlicher Unkonkretheiten.

Zwar liegt seit einem Jahr ein städtebauliches Leitprogramm vor, das, vom Gemeinderat beschlossen, die Gebiete, in denen die Umstrukturierungen stattfinden

werden, beschrieben werden, und auch gibt es schon ein paar ungefähre architektonische Konzeptentwürfe und laufende Wettbewerbe, aber klar ist noch nichts.

Auf einem Eck des Gebietes des Frachtenbahnhofes Wien Nord wurde allerdings schon im vorigen Jahr zu Bauen begonnen. Dies fand bei einigen Architekten allerdings nur geteilte Zustimmung, da die lieber erst ein Gesamtkonzept erstellt hätten, wie es sich für eine "Zukunftsstadt", wie das Projekt auch gelegentlich genannt wird, ziemt hätte.

Bei der bereits begonnenen und inzwischen schon fast fertiggestellten Bebauung handelt es sich aber um ein zukünftiges Geschäftszentrum von IBM, über welches auch die, für die Zukunft geplanten, IBM-Ostgeschäfte laufen sollen. Da sich IBM für die Vorarbeiten der EXPO so verdient gemacht hat, etwa die gesamte notwendige EDV zur Verfügung stellte, und auch versprach, selbiges bis zur EXPO weiterhin tun zu wollen, konnte man ihnen den Wunsch nach einem schönen rasch fertiggestellten riesigen Geschäftszentrum offenbar nicht abschlagen, gewissermaßen. Wieweit und in welcher Form IBM in das EXPO-Projekt verflochten ist, ist noch nicht in vollem Umfang richtig klar.

Rege Bautätigkeiten herrschen auch auf dem Verkehrssektor vor. Wiewohl im Trend der Zeit die EXPO 1995 freilich ökoorientiert als "autofreie EXPO" verkauft werden soll, herrscht die einzig derzeit wirklich rege Bautätigkeit auf dem Autobahnsektor vor. Gebaut werden sollen vor allem eine direkte Autobahnverbindung Wien-Budapest und diverse Verbindungsautobahnen. Die Autobahn Wien-Budapest (Ostautobahn genannt, oder formeller: A4, auf ungarischer Seite M1) ist im Bau schon weit fortgeschritten. Die Planungen der Autobahn gehen ebenso wie die Pläne, Wien an die Donau zu rücken, auf das dritte Reich zurück, lagen dann aber infolge der tot gewordenen Grenze lange Zeit ad acta. Nun wurde die Autobahn aber wieder aktuell. Neben der EXPO ist es vor allem der zu erwartende Ost-West-Transit, der die Autobahn "notwendig" macht. Ebenfalls im Spiel sind weitere massive EG-Interessen, denen nicht zuletzt wegen der österreichischen Beitrittsbestrebungen entsprochen werden muß. Derzeit geht der Verkehr zum größten Teil über die Schiene. Mit der Durchsetzung der westlichen Marktprinzipien in Ungarn ist da aber eine grundlegende Verlagerung auf den Straßenverkehr abzusehen und auch schon spürbar. Am Bau der Autobahn, auch auf ungarischem Staatsgebiet, sind — wie sollte es anders sein — vor allem österreichische Baufirmen und Finanzierungsgesellschaften beteiligt.

Punkto öffentlichem Verkehr beschränkt man sich bei der EXPO-Vorbereitung lediglich auf seine Propagierung. Während medienwirksam vom Ausbau der West-Ost-Bahnlinien und von verstärkten Investitionen gesprochen wird, wird gleichzeitig das Budget zusammengekratzt. Lukrativer Manager-Verkehr wird in dieser Richtung in absehbarer Zeit offenbar nicht erwartet.

### SO EIN MIST

Auf dem "eigentlichem" EXPO-Gelände, also jenem Gebiet rund um die UNO-City, wo die eigentliche Ausstellung stattfinden soll, begannen im Dezember 1990 erste Vorarbeiten. Dort wird eine ehemalige Mülldeponie abgetragen werden, um Tiefbauten, wie Parkgaragen oder die Unterkerlerung der Hochhäuser, zu ermöglichen. Der Aushub der Mülldeponie wird etwa ein halbes Jahr dauern, und stieß auf massive ökologische Bedenken, schließlich ist mit dem Austritt verschiedener gefährlicher Gase und einer Verseuchung des Grundwassers zu rechnen. Darüberhinaus finden diese Arbeiten in einem riesigen Park statt, der als beliebtes Naherholungszentrum gilt. Die Hoffnungen, daß dadurch die EXPO-Vorarbeiten endlich einmal klar angreifbar werden, und dies Ansatzpunkt für effektiven Widerstand werden könnte, gingen leider nicht ganz auf (Bachten Sie aber bitte den Veranstaltungshinweis in diesem Blatt!). Ein potentiell Widerstandsobjekt für breitere Bevölkerungskreise könnte eventuell das Donaukraftwerk Freudenu werden, das im Sog der EXPO-Vorbereitungen am Wiener Stadtrand auch noch rasch gebaut werden soll.

### VOLKSBEFRAGUNG

Was wohl fast keineR jemals geglaubt hätte, findet nun vom 14. bis 16. Mai statt: Eine Volksbefragung. "Sind Sie dafür, daß im Jahre 1995 in Wien eine Weltausstellung abgehalten wird?" lautet die überraschend klare Fragestellung. Daß das ganze trotz allem ein abgekartetes Spiel ist, wird spätestens bei Betrachtung des lobhudehenden Erklärungssatz am Stimmzettel klar. Wird doch laut diesem Satz die EXPO "ohne Verkleinerung des Donauparks" (halt bloß unter teilweiser Bebauung desselben) stattfinden. Und außerdem "soll sie von privaten Investoren durchgeführt werden, unter Ausschaltung politischer Einflußnahme" (eh klar, die transnationalen Großkonzene würden sich eh nichts dreinreden lassen).

Es gibt nun also zwei Möglichkeiten: Entweder das Volk entscheidet nach Wunsch, und stimmt freudig mit "JA!", oder, was letzten Meinungsumfragen entspräche, es entscheidet sich mehrheitlich mit NEIN!

Für letzteren Fall ist freilich auch schon vorgesorgt. Denn dann wird das Ergebnis halt wegen zu geringer Beteiligung (und solche Befragungen erfreuen sich selten hoher Beteiligung, es sei denn die SPÖVP kann massiv ihre Ja-WählerInnen mobilisieren) als nicht repräsentativ eingestuft.

Für den unwahrscheinlichen Fall, daß ausgesprochen viele Leute abstimmen gehen, und das Ergebnis trotzdem gegen die EXPO ausfällt, gibt es dann immer noch das Hintertürli, daß Volksbefragungen juristisch leider nicht verbindlich sind.

Wie das Ergebnis also auch ausfallen mag: Die EXPO-Pläne werden sich davon wohl nur kaum durchkreuzen lassen. Und falls die EXPO doch nicht stattfinden sollte: die damit verbundenen Projekte "2. Wiener City" etc werden sicherlich trotzdem durchgezogen.

Einziger Sinn der Volksbefragung ist also, die breite Ablehnungsbewegung der EXPO in einen Legitimationsnotstand zu bringen. Vor allem bürgerliche Anti-EXPO-Gruppen, die bislang laut nach einer Volksabstimmung gerufen haben, werden dann traurig das Kopfertl einziehen und ihren Seelenfrieden fernab der scheindemokratischen Politwelt suchen.

Es ist also notwendiger denn je, die be-

trügerische Volksbefragung als berechnenden Teil der Propaganda-Maschinerie zu entlarven, und sich bloß nicht irgendwelchen Illusionen hinzugeben.

Es kann als gesichert vorausgesetzt werden, daß demokratiepolitische Betriebsunfälle, wie damals bei der seeligen Zwentendorf-Abstimmung, sicherlich nie und nimmermehr vorkommen werden. (Etwaige Irrtümer meinerseits werde ich allerdings sicherlich mit gewisser wohltdosierter Freude gerne zur Kenntnis nehmen).

### Zum Schluß noch ein Blick in die Vergangenheit:

#### ALLES SCHON MAL DAGEWESEN

Österreichisch-Ungarische Zusammenarbeit ist nicht unbedingt etwas neues. Kein Wunder also, daß bei der Gelegenheit bisweilen auch neomonarchistische Gefühle geweckt werden, wofür in Ungarn zum Teil derzeit auch ein gewisser fruchtbarer Boden vorhanden ist.

Aber auch mit Weltausstellungen gibt es in Wien Erfahrungen, wenngleich sie weit zurückliegen. Die letzte und bislang einzige Weltausstellung in Wien fand 1873 statt.

Bereits die Eröffnung am 1. Mai 1873 stand ziemlich im Zeichen gravierender Verspätungen bei den Vorarbeiten, die nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnten.

Etwa ein Monat nach Ausstellungseröffnung brach schließlich im Weltausstellungshotel "Donau" beim Praterstern eine verheerende Choleraepidemie aus, der allein in Wien mehrere tausend Personen, in der ganzen österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie mehrere hunderttausend Leute zum Opfer fielen. Da die Cholera eher im finanzschwächeren Volk als im reicheren Weltausstellungspublikum wütete, war ihr Einfluß auf den Ausstellungserfolg aber irgendwie begrenzt. Ein großer Teil der aus aller Welt erwarteten Millionäre bekam es dann aber doch mit der Angst zu tun und blieb fern.

Doch es gab auch erfreulichere Begleiterscheinungen der Weltausstellung:

Bereits acht Tage nach der Ausstellungseröffnung trat eine für die Finanzkreise viel schwerwiegendere Katastrophe herein. Nach einem spürbaren Ansteigen der Insolvenzen an der Wiener Börse brach am zur Legende gewordenen "Schwarzen Freitag", am 9. Mai 1873, der gesamte Börsenverkehr ratzefutz zusammen. Die Zahl der Selbstmorde in Kapitalistenkreisen stieg daraufhin sprunghaft an. Sie konnte im darauffolgenden Jahr sogar noch weiter ausgebaut werden (und zwar auf 214 gegenüber 152 im Vergleichszeitraum des Vorjahres), da viele Kapitalisten erst mit etwas Verspätung das volle Ausmaß des Desasters ausmachten. Die Krise setzte in den darauffolgenden Jahren ihren Siegeszug durch die Welt an und erfaßte schließlich 1878 ganz Europa und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Vorgaben sind hoch! Gemeinsam werden wir es zwar auch nicht schaffen, aber bemühen werden wir uns ganz bestimmt! Wir werden den Kapitalismus aus den Angeln heben! Revolution ist leiwand, alles andere is a Topfen!

- NEIN zur EXPO!
- NEIN zur Staufstufe!
- UND ÜBERHAUPT!●

# Zilk und Mayr bauen eine neue Stadt...

...die Stadt der Begegnung: In Wien werden sich nach Fertigstellung der Autobahn zwischen Wien und Budapest (A4) vor allem Autos und LKW's begegnen, die dem "Transithindernis" Alpen nunmehr über Ostösterreich ausweichen können....

...die Stadt der Hochhäuser: Neue Skyline, 2.City, Strukturverbesserungen für Wien.....Leider leben dort, wo die Struktur verbessert werden soll, noch Menschen; aber die werden von den hohen Mieten ohnedies aus ihren Wohnungen vertrieben....

...die Stadt der Banken: Ein Bankenzentrum soll entstehen. Entlang der Lassallestraße soll Platz finden, was in Europa Rang und Namen hat. In ihrem Umfeld sollen sich Büros und Geschäfte ansiedeln. Das heißt, daß es ein rechtes Größ um Bau- und Büroflächen geben wird (schon gibt), daß Wohnungen in Büros umgewidmet, damit weniger und teurer werden. Um diese Entwicklung auch richtig anzuheizen, verschenkt die Gemeinde Wien Bauland an multinationale Konzerne (IBM)...

...die Stadt der Baufirmen: 30 Milliarden Schillinge sollen bis zum Beginn der EXPO verarbeitet werden. 15 Milliarden davon soll die Gemeinde Wien "zur Schaffung von Infrastruktur" aufbringen. Kein kleiner Brocken, um den sich die Baufirmen raufen. Die EXPO soll die Bauindustrie (samt Eigentümern) sanieren und "europareif" machen. Die Bauindustriellen hätten somit ihre Brücke in die Zukunft schon gebaut...aber nicht alle dürfen drüber...

...die Stadt der Kultur: Filmfestivals, Theaterfestivals,...und dazu noch Millionen zur Renovierung der "Hochkultur"-

Den Zilks und Mayers ist der Wille danach, das Volk abstimmen zu lassen! Zwecks demokratischer Legitimation....

Und sollte die Abstimmung nicht so ausgehen, wie Zilk und Mayer es haben wollen, ist es auch egal....sagt Mayer.

Ausnahmsweise sind wir seiner Meinung!

**Wir brauchen die EXPO in etwa so notwendig wie alle Zilks, Swobodas und Mayers zusammen – also etwa genauso dringend wie ein Loch im Kopf!**

Welche Widerstand gegen Wohnungsnot, Umstrukturierung, Hochhauspläne, Umweltverpestung und Verkehrsinfarkt leisten wollen, müssen sich ein bisschen auskennen...

...in der Gegend...

...und in der Materie

Aus diesem Grund

## Sonntagsspaziergang



mit Führung durch die Geschichte der Donau, der Stadtplanung, der Nazi-Projekte und ihrer Nachfolger

samt Geländebesichtigung (keine Demonstration!)

am Sonntag, dem 19.Mai 1991  
um 15 Uhr U-Bahn-Station Kaisermühlen.



Stätten (z.B. Ronacher, Oper...). Das heißt aber auch: Austrocknung der "Sub"-Kultur; Kein Geld und kein Platz für unabhängige, gar für kritische Initiativen...

...die Stadt des öffentlichen Verkehrs: ausgebaut werden sollen Verbindungen von noch anzulegenden Parkplätzen am Stadtrand hin zum EXPO-Gelände. Damit wird ein künstliches neues Stadtzentrum geschaffen. Die wirklich notwendigen Verbindungen zwischen Stadtteilen und Ortskernen werden vergessen, vernachlässigt oder gar gesperrt....

...die Stadt des Umweltschutzes: In Wien gibts keine Umweltprobleme. Und wenn's welche gibt, dann verlagern wir sie um. Zum Beispiel den Müll vom Donaupark in drei andere Deponien. Dort sind sie zwar genauso gefährlich wie im Donaupark (beim Verrottungsprozess entstehen weiterhin Gase), aber bis die Leute da draufkommen, haben die "Stadtväter" längst alles klargemacht: Auf den Laaerberg-Donaupark-Müll kommt ein Golfplatz (für einfache Menschen wie Dich und mich), auf die Sowiesodeponie kommt dasunddas.....

...die Stadt der Yuppies: Probleme? Haben wir keine! Wohnungsnot? Wer sich nicht leisten kann, muß weg, stört ohnehin das Stadtbild. Arbeitslosigkeit? Wir brauchen massigst Leute, die nach der Sperrstund' der neuen City den Dreck aufklauben! Sonst noch was? Wir sind modern, erfolgsorientiert, leistungsstark, enorm motiviert und kreativ.....haben keine Kinder, keine Schulden, keine Sorge um den Arbeitsplatz....

**Wien ist anders.....**

Witzbürgermeister Mayr: "Der Aushub (des Mülls) ist kein Startschuß für die EXPO, sondern eine Baureifmachung für die EXPO oder eine andere Nutzung....."

**KEINE EXPO – KEINE NACHNUTZUNG – KEINE UMSTRUKTURIERUNG**

**FÜR EINE STADT FÜR MENSCHEN !!!**

der kapitalistischen Gesellschaft dient, Dies hat sich bis ganz rechts herumgesprochen, seit in Baden-Württemberg die staatlich eingesetzte "Kommission Zukunftsperspektiven" über die "Wertsynthese" konservativer Ideale und alternativer Unruhe wissenschaftlich geforscht hat. Mittlerweile weiß selbst Lothar Späth: "Was als offener oder verdeckter Protest einer hochdifferenzierten Industriegesellschaft seinen Ausgang genommen hat, könnte möglicherweise helfen, sich leichter als erwartet in die Industriegesellschaft zu finden". Konsequenz zeigt Späth Reue über sein Mitwirken an der Schließung der Ulmer Hochschule für Gestaltung 1968, Damals sei die Unruhe unter den StudentInnen als Bedrohung gesehen worden, heute dagegen wisse man, wie wichtig das "kreative Chaos" sei.

Dieses Wissen teilte auch SPD-Chef Jüttner, der im Sept. 89 die Unfähigkeit der Verwaltung beklagte und ihr eine "Beamtenmentalität des ausgehenden 19. Jahrhundert bescheinigte. Der Hannoveranischen Stadtverwaltung traute wohl niemand die Verwirklichung einer EXPO zu. Eine EXPO, die sowohl internationales Prestige gewinnen als auch Akzeptanz in der heimischen Bevölkerung bekommen soll, ist ohne Alt-68 in den Beiräten, ohne Einbeziehung "alternativer" Kreativität nicht zu machen. Im Zeichen der "kritischen" Mitarbeit zeigt sich, was die Wertsynthese vom ökologischen Stadtbau übrig läßt. Die einen planen ansprechende Grünzüge entlang des Leineufers; die anderen schlagen entlang der Ihme die Schneisen für einen neuen City-Ring, der den Autoverkehr um die erweiterte und ökologisch wie ästhetisch aufgewertete Innenstadt herumlaufen soll.

In anderen Bereichen hat sich die "Wertsynthese" ja längst durchgesetzt. In der Automobilfabrik etwa sind "teamwork" oder "Humanisierung der Arbeitswelt" offizielle Unternehmerrziele geworden. Dort hat sich gezeigt, daß so die Produktivität erhöht und die Arbeit intensiviert wird, ohne daß für das Kapital da Kommando über die Arbeit verloren geht. Daneben stehen GewerkschafterInnen, die stolz verkünden, sie hätten die Situation der ArbeiterInnen verbessert. Ähnlich kommen in der Stadtentwicklung die "kritischen" PlanerInnen zu der Überzeugung, ohne ihre Mitarbeit käme alles viel schlimmer. Eben ein Irrtum: ohne ihre Mitarbeit würde lediglich das herrschende System schlechter und weniger flexibel funktionieren. Es ist allerdings durchaus der Mangel an gesamtgesellschaftlichen und historischen Perspektiven, welcher das

rumdoktor an den aktuellen Problemen des Systems attraktiver erscheinen läßt als den Kampf für grundlegende Veränderungen.

Der alternative MitarbeiterInnenstab von Stadt, Land und Messe-AG hat aber die Suche nach solchen Perspektiven nicht nur für sich selbst aufgegeben; er behindert sie auch bei anderen. Die oft akademisch ausgebildeten und mobilen Angehörigen dieser

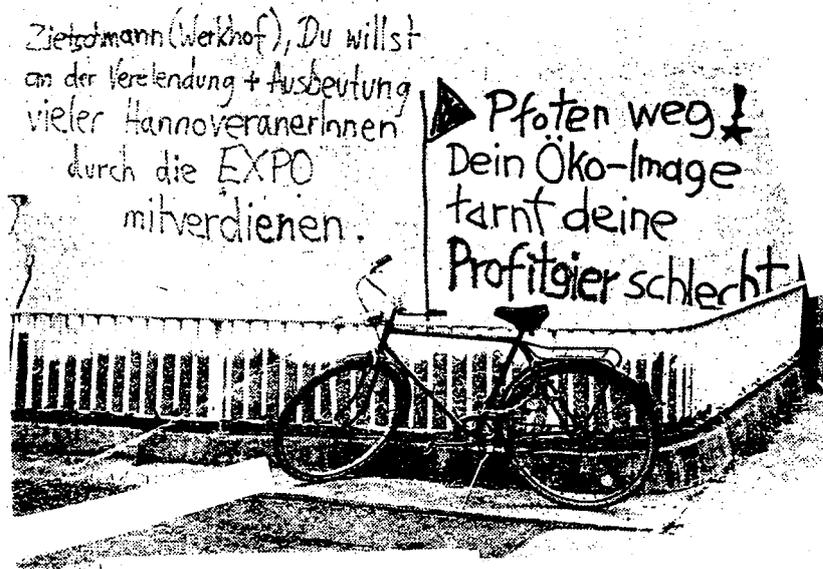
Argumente auf seiten der EXPO-GegnerInnen werden die EXPO-Betreiber kaum dazu bringen, die Weltausstellung wieder abzusagen. Schließlich gehen beide Seiten nicht von den gleichen Interessen aus. Für die Herrschenden ist es kein Problem, ein Drittel der Bevölkerung auszugrenzen, solange die betroffenen Menschen durch Polizei und Sozialarbeiter kontrolliert und ruhig gestellt werden können. Zur Verdrängung

von Teilen der Bevölkerung durch steigende Mieten sagt etwa der Wiener EXPO-Koordinator Dietmar Steiner kaltschnauzig: "Seitdem es Stadt gibt, hat sie auch von solchen Verdrängungsprozessen gelebt." (Tatblatt, 10.4.90)

Solchen Einstellungen ist nicht mit Argumenten beizukommen, sondern nur mit praktischem Handeln. Und da hilft die Fixierung auf eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung nicht weiter. Im Gegenteil: sie fördert

die passive Zuschauerrolle bei den Betroffenen. Politische Entscheidungen werden von "Experten"-Meinungen abhängig gemacht, statt Strukturen gesellschaftlicher Selbstbestimmung und Gegenmacht zur bürgerlichen Herrschaft aufzubauen. Das vorhandene Wissen reicht schon heute, um gegen die Weltausstellung zu sein. Das Projekt EXPO muß nicht erst konkret wie möglich vorangetrieben werden, um dann hinterher mit den BewohnerInnen Hannovers "intensiv" zu diskutieren, wie es Bernd Eilerbrock in der August-Ausgabe der "GRÜBL" vorschlägt.

Eine wachsende Zahl von Menschen hat sich seit über einem Jahr mit der EXPO auseinandergesetzt und immer wieder Initiativen dagegen ergriffen. Mit Öffentlichkeitsarbeit, demonstrativen Aktionen und direkten Angriffen haben sie ihre Position zur EXPO zum Ausdruck gebracht. Sie haben nach wie vor keinen Anlaß, eine Weltausstellung in Hannover zu akzeptieren oder gar mitzuarbeiten. Wir sehen in den gelaufenen Aktionen die Ansätze von Widerstand, die es weiter zu entwickeln gilt, um in unseren Lebensbedingungen nicht von Konzernen, Parteien, Verwaltungen und Parlamenten bestimmt zu werden. Wo es uns gelingt, EXPO-Pläne durch eigenes Handeln zu blockieren statt sie akzeptabler zu machen, dort entsteht auch der öffentliche Druck, der die Stadt unter Umständen zwingt, die Bewerbung zurückzunehmen. Solche praktischen Initiativen gilt es also aufzubauen.



Schicht können sich meist besser und offensiver artikulieren als beispielsweise die von der Umstrukturierung direkt betroffenen. Sie genießen nach außen den Ruf des Oppositionellen und hängen diesem Image auch subjektiv nach, was sie dazu verführt, selbst ihre Kapitulation als Fortführung der Opposition mit anderen Mitteln zu verkaufen. Sie eignen sich daher ideal als Vermittler von Herrschaftsinteressen nach unten und stabilisieren den gesellschaftlichen Konsens: wo sie als vermeintliche Opposition am herrschenden Modell mitarbeiten, erschweren sie es anderen weiterhin, selbstbewußt nach den guten Gründen gegen die EXPO zu handeln. Als offiziell abgesegnete Opposition schafft sie außerdem die Voraussetzung, tatsächliche Opposition tot zu schweigen oder zu denunzieren.

Ein Teil des GABL/GRÜNE-Spektrums versucht immerhin noch, ein taktisches Verhältnis zur Mitarbeit an den Planungen zu bewahren. Sie fordern eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung in der Gewißheit, daß die entsprechenden Gutachten gegen die EXPO 2000 sprechen werden. Sie hoffen, mit diesen zusätzlichen Argumenten den Rat dahin zu bewegen, in den nächsten 2 Jahren die EXPO noch abzusagen. Diese Zweijahresfrist ist in den EXPO-Statuten für die Rücknahme einer Bewerbung gesetzt. Nun ist es ja nicht falsch, Fakten zu sammeln, die gegen die EXPO 2000 sprechen und Argumente ausführlicher zu belegen. Falsch ist es jedoch, darin eine politische Perspektive zu sehen und den EXPO Widerstand auf das Erstellen von Gutachten und BürgerInnenbeteiligung festlegen zu wollen. Denn die besseren

## Terror gegen arabische Bevölkerung in der Westbank

# Besatzungskrieg gegen lebensnotwendige Infrastruktur

(Alternatives Informationszentrum Jerusalem)

Das palästinensische Dorf Se'ir mit seinen 15.000 EinwohnerInnen liegt circa fünf Kilometer noröstlich von Hebron am Rande der Wüste Judea. Die Bevölkerung lebt traditionell von der Landwirtschaft (Oliven und Weintrauben) sowie von der Ziegen- und Schafzucht. Da das spärliche Einkommen aus der Landwirtschaft in den letzten Jahren nicht ausreichte, um die großen Familien zu ernähren, war der Großteil der Männer bis vor dem 'Golfkrieg' zusätzlich in Fabriken und im Baugewerbe innerhalb Israels beschäftigt.

Die BewohnerInnen des Dorfes sind stolz auf ihre lange Tradition des Widerstandes gegen die israelische Besatzungsmacht. Ein Kapitel dieses Widerstandskampfes ist die Auseinandersetzung um den Strom:

Anfang der 70er Jahre bestanden die israelischen Behörden darauf, das Dorf an das israelische Stromnetz anzuschließen. Die DorfbewohnerInnen jedoch wünschten einen Anschluß an die arabische Elektrizitätsgesellschaft in Ostjerusalem. Die Behörden weigerten sich, diesem Wunsch nachzukommen und errichteten Strommasten im Dorf, die von den BewohnerInnen gleich darauf umgesägt wurden. Das Ergeb-

Im Laufe der 70er und 80er Jahre gelang es der Kooperative mit Unterstützung internationaler Organisationen, drei Generatoren zu erwerben. Die Entwicklungspläne der Experten sahen vor, die umliegenden Kleinbetriebe in das Stromnetz zu integrieren, um die finanzielle Basis der Kooperative zu stabilisieren. Die Verwirklichung dieses Planes scheiterte jedoch an den Kosten von 190 000 US-Dollar für die dazu notwendige Erweiterung des Kabelnetzes. Immerhin gelang es der Kooperative, den Großteil des Dorfes von 16 Uhr bis 24 Uhr mit Strom zu versorgen. Der für den Betrieb der Generatoren notwendige Diesel wurde über monatliche Beiträge der Haushalte (ca. 25 US \$ pro Haushalt) finanziert.

Seit 1988 stellten die Intifada und die damit verbundenen Repressionen der Besatzungsmacht die Kooperative vor zunehmende Schwierigkeiten. Jede/r kennt wohl die Bilder palästinensischer Fahnen, die von Strommasten wehen; weniger bekannt sind die Konsequenzen dieser Aktionen: Israelische Soldaten entfernen

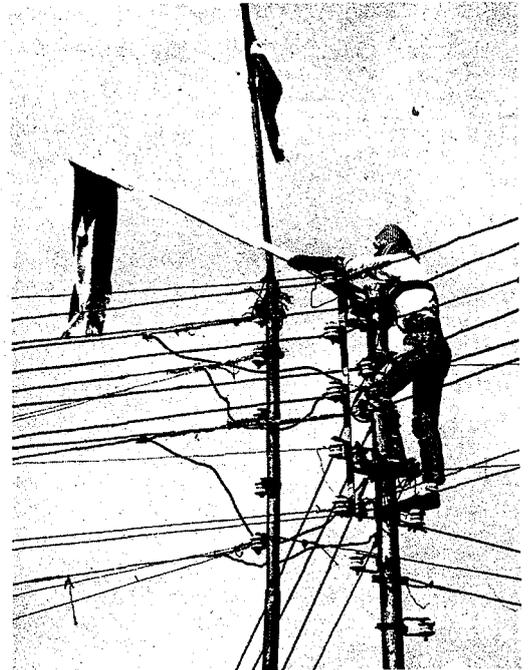
häufig nicht nur Fahnen, sondern auch Masten. Drei Jahre lang war die Kooperative damit beschäftigt, zerstörte Strommasten durch die unbenutzten Telefonmasten zu ersetzen (die Telefonleitungen in Se'ir wurden 1982 von den israelischen Behörden gekappt) und fehlende Kabelstücke zu ergänzen. Dies ging auf Kosten der Straßenbeleuchtung, die

heute vollständig fehlt, und führte zu einer allgemeinen Schwächung des Stromnetzes.

**Der Zusammenbruch der Stromversorgung als Folge des Golfkrieges**

Die Situation hat sich seit dem Ausbruch des Golfkrieges drastisch verschärft. Seit dem 15. Jänner ist es fast allen männlichen

Dorfbewohnern untersagt, zu ihren Arbeitsplätzen nach Israel zu reisen; Ausgangssperren und Straßenkontrollen verhindern eine regelmäßige Erwerbstätigkeit auch innerhalb der Westbank. Somit sind



die meisten Familien nunmehr seit drei Monaten ohne Einkommen, die finanziellen Mittel reichen kaum noch für den Einkauf von Lebensmitteln. Der Elektrizitätsgesellschaft gelingt nur noch, rund 2000 US \$ von den Haushalten anstelle der notwendigen 5000 US \$ pro Monat einzuziehen. Darüber hinaus ist Diesel nur noch gegen Bezahlung zu haben, da sich Händler weigern, auf Kredit zu liefern.

Am 8. März 1991 verloschen die Lichter in Se'ir. Seitdem sind die BewohnerInnen durch Ausgangssperren und Arbeitslosigkeit im Dorf gefangen, ohne Kühlschränke, Fernseher, Radios.....

Die BewohnerInnen von Se'ir und ihre Elektrizitätskooperative appellieren dringend an alle Menschen, Organisationen und Institutionen, sie in ihren Bemühungen um Wiederherstellung der Stromversorgung zu unterstützen.

3000 US \$ bedeuten ein Monat Strom!

**Spenden an  
FreundInnen des palästinensischen  
Volkes e.V.**

Postgiro Hamburg, Konto 30 153 —  
206, BLZ 200 100 20

Stichwort 'Soforthilfe Palästina'



nis der Auseinandersetzung: Die Behörden verweigerten jeglichen Stromanschluß für Se'ir.

Daraufhin beschloß die Bevölkerung, das Stromproblem selbst in die Hand zu nehmen. 1971 wurde eine lokale Elektrizitätsgesellschaft gegründet, eine Kooperative, die für Aufrechterhaltung und Ausbau des Stromnetzes in Se'ir verantwortlich ist.

# EUROPA RÄUMT IN ITALIEN.

Schon im Jänner dieses Jahres berichteten wir im TATblatt von rassistischen und faschistischen Vorfällen und Anschlägen in Italien. Die Serie setzte sich fort. Zusätzlich werden in letzter Zeit autonome Bereich vermehrt Opfer staatlicher Repression.

(Alexander; *Manifesto, Umanità Nova, Irtifax von Radio Sherwood, Incompatibili.0*)

Rom, 5.1. Der erste (und bisher einzige) multiethnische Kindergarten Italiens, der sich in Rom befand, ist verbrannt. Aller Wahrscheinlichkeit nach ein Brandan-

schlag. Das Gebäude war von der Gemeinde zwei Organisationen, nämlich der *Caritas* und der Abteilung *Jugend* der *Arci* (einer politisch-kulturellen Organisation der ehemaligen Kommunistischen Partei, der nunmehrigen PDS, Demokratische Partei der

Linken) übergeben worden, für die Finanzierung hatte die *Provinz*<sup>1)</sup> gesorgt. Der Kindergarten wurde von 25 EinwanderInnen- und römischen Kindern besucht. Im Sommer diente er als Erholungsheim für etwa 300 Kinder. - Einige Tage zuvor war ein ZigeunerInnenlager in der Nähe mit Molotow-Cocktails angegriffen worden.

*Pavia, 22.1.* (eine alte Universitätsstadt in der Nähe von Mailand). GenossInnen von der libertären Kooperative "*Der schwarze Mann*" besetzen ein Gebäude, das sich im Besitz der Gemeinde befindet und dementsprechend verwahrlost ist. Am darauffolgenden Tag schickt die Gemeinde die Bullen los. Die pöbeln die Leute an, reißen Fahnen und Plakate herab, und bezeichnen *Flugblätter* als "*Klopapier*". Von der *DIGOS* (Polizeiondereinheit, etwa der CRS zu vergleichen; Schläger, ausländerfeindlich! R.) werden zwei Leute identifiziert, die später eine Anzeige bekommen.

Mit dem Stadtrat für Soziales war ein Termin ausgemacht, zwei Leute gehen hin, und siehe da, trotz Vereinbarung, und erteilt stattdessen den Räumungsbefehl.

Folgender Satz charakterisiert mit seiner Traurigkeit die lähmende Situation einer Provinzstadt: "*Wir waren zu wenig, deshalb sind wir gegangen, ohne Widerstand zu leisten!* ... Seit 2

Jahren kämpfen wir für ein selbstverwaltetes Haus!", so berichten die GenossInnen in der anarchistischen Wochenzeitung *Umanità Nova*, "und wir werden immer mit einem nebulösen "Jugendprojekt", das einmal kommen soll, abgespeist. Hier gibts nichts als Diskotheken, oder die *pseudoalternativen Lokale der Arci*. **Kein herrschendes Schwein wird jemals unsere Sehnsucht nach Freiheit ersticken können!** (*Nessun bastardo potrà mai soffocare il nostro desiderio di libertà!*)"

*Udine, 27.1.* Ein Jugendlicher hat sich umgebracht. Fausto Di Biagio vom Centro Sociale aus Udine hat sich voller Verzweiflung über den Krieg und als allerletzte Geste des Aufbruchs gegen ihn verbrannt! Die Zeitungen haben keine Silbe darüber vermeldet.

Es gibt derzeit über hundert (zum Großteil besetzte) *Centri Sociali* - politische Aktions- und Veranstaltungszentren, von Autonomen, Anarchisten und der ganzen Vielfalt von linken subkulturellen Gruppen betrieben; genau zu unterscheiden von den schön langsam absterbenden *Case del Popolo*, die der ehemaligen PCI nahestehen.

Am 2.2. wird in *Mortise bei Padua* ein seit 8 Jahren leerstehendes Gebäude von Jugendlichen besetzt. Es soll als Treffpunkt für Jugendliche, Pensionisten und für Antikriegsaktionen dienen. "**Besetzen ist gerechtfertigt und notwendig!**" (*Occupare è giusto e necessario*) heißt die einleuchtende, auch anderen Ortes wiederholte Losung.

*Turin, 3.2.* Seit dem 17. November 1990 ist das *Barocchio* besetzt, eine Kapelle mit angrenzendem Gebäude am Stadtrand von Turin. Das Gebäude gehört der Provinz und stand seit 40 Jahren leer! Die meisten der Besetzer kommen vom Centro Sociale *El Paso*, das überfüllt ist und das einzige besetzte Gebäude in Turin. Im Stadtzentrum wird weiters, nach mehrmaligen Versuchen, eine Lokalität namens *Fenix* als Wohnraum instandbesetzt.<sup>2)</sup>

*Bologna 16.2.* In der Via Stalingrado wird ein hauptsächlich von Leuten aus dem Magreb besetztes Haus von dutzenden Beamten mit Hunden durchsucht, wobei ein Teil des Mobiliars zu Bruch geht. Die Operation — als Zählung deklariert — endet damit, daß 15 AusländerInnen des Landes verwiesen werden.

*Bologna, 16.2.* Um Mitternacht wird im selbstverwalteten Kulturzentrum "*I Greci*" auf der Toilette ein Drogenabhängiger gefunden, dem es irrsinnig schlecht geht. Es wird die Rettung gerufen. *Statt dessen kom-*

## Eine Razzia

Rom, 23.1. Die Polizei deportiert und raubt den Fremdrassigen vorher noch ihr Geld.

Schlagstöcke, kugelsichere Weste, Hunde, zweibeinige Hunde. Die riesige ehemalige Zuckerwarenfabrik *Pantanello* wird um 6 Uhr früh von Hunderten von Polizisten gestürmt, einige klettern aufs Dach, andere dringen in die Schlafsäle ein. 2000 schlaftrunkene Menschen werden in den Hof geführt. Wer in dem Augenblick keine Aufenthaltsgenehmigung hat, muß sich in Reih und Glied stellen. 15 Polizeitransporter stehen bereit. Einer nach dem anderen muß einsteigen. Bilanz: tausend Immigranten werden in eine Kaserne gebracht. Dort werden sie fotografiert, Akten werden angelegt, Fingerabdrücke abgenommen. 80 werden festgenommen, sie haben Italien innerhalb von 2 Wochen zu verlassen. Zufrieden betrachtet die ganze *Massendeportation* (so nennt sie der Europaabgeordnete *Dacia Valent*) der Stadtrat für Soziales, *Azzaro*: er hat sie in die Wege geleitet. Wie Bewohner des Hauses berichten, wurde bei der Operation sogar ihr Kino zerstört. Ein anderer erzählt: Sie wollten meinen Ausweis sehen. Wie ich meine Schachtel aufgemacht habe, hat mir die Polizei mein Geld beschlagnahmt (ein seit Jahren in Italien mit Immigranten praktizierter Vorgang, *Red.*), eine Million Lire (ca. 10.000 S), die ich mir in drei Monaten erspart habe.

Am Abend desselben Tages kündigte der Bürgermeister *Carraro* die bevorstehende endgültige Räumung an. *Zum selben Zeitpunkt bricht dies schon zum wiederholten Male - in einem Teil des Gebäudes Feuer aus!*

Am 30. Jänner wird geräumt. Bis zum Schluß konnte es niemand glauben. Studenten und AktivistInnen der *Centri Sociali* werfen sich vor den Eingang, versuchen die Räumung zu verhindern. es kommen Panzerfahrzeuge der Polizei. Mehr als hundert Bullen mit Karabinern, Transportfahrzeuge, Fernsehen, Dutzende von Journalisten, ungezählte Fotografen. Um 9 Uhr stellt der Assessor *Azzaro* eine Frist von 10 Minuten, dann sollen die Leute verschwinden. Bis 11 Uhr harren die Immigranten aus. Nach langen Verhandlungen, Schreien, Tumult verlassen sie mit ihren Pappkoffern und Campingkochern das Gebäude, einige weinend. Die meisten haben keinen Widerstand geleistet, denn entweder haben sie keine Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung, oder sie haben sich - eine infame Erpressung seitens der römischen Behörden - bereits schriftlich zum Auszug verpflichtet, wobei ihnen unter anderem zugesichert wurde, daß sämtlichen Betroffenen, unabhängig davon, ob sie eine Aufenthaltserlaubnis haben oder nicht, eine Ersatzunterkunft beschafft wird, weiterhin ein Freifahrtschein vom Umland nach Rom, sowie ein Abendessen in der Pension, in Notfällen auch ein Mittagessen. In den weit übers Land verstreuten Unterkünften und Pensionen, in die die Fremden verfrachtet werden, müssen sie sich erst warme Mahlzeiten erkämpfen, man will ihnen nichts zu essen geben. Am Nachmittag desselben Tages geht die *Pantanello* in Flammen auf!

men Polizei und Digos und kontrollieren eine Stunde lang die anwesenden Schüler und Studenten, aber denken nicht daran, dem Armen zu helfen. Die Rettung trifft erst nach einer Stunde ein, der Drogenabhängige war tot.

Die *Unità*<sup>3)</sup> verschweigt am nächsten Tag das Verhalten der Polizei, und meint außerdem, die Räumlichkeiten seien doch eher "einer Kooperative zu überantworten, die dazu in der Lage ist, soziale Belange zu verwalten." Dies die Fratze der PC/PDS. Der *Resto del Carlino*, die lokale reaktionäre Tageszeitung, berichtet bloß von einem Toten am Klo und meint, da müßten "bewaffnete Wächter" her zwecks einer "effizienten Kontrolle".

**Bologna, 17.2.** An diesem Tag besetzen StudentInnen ein Gebäude. Sofort werden daraufhin die Straßen abgesperrt, sämtliches Inventar des Zentrums wird beschlagnahmt, der Eingang vermauert. Es ist dies seit Ende des Jahres das dritte *Centro Sociale*, das in Bologna geräumt wird. Polizei, Gemeinde und PDS arbeiten zusammen. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurde eine sogenannte "Antibesetzungseinheit" (*Nucleo Anti Occupazioni, N.A.O.*) geschaffen. Für die künftige Verwendung des geräumten Gebäudes gibt es natürlich kein Konzept.

Am darauffolgenden Tag, den 18. Februar, wird eine Sitzung des Stadtrats (der Stadtratten) mit faulen Eiern, Rauchbomben und Dreck beworfen. Daraufhin schließt die Gemeinde, die Leute nur mehr mit einem "Paß" — so wird er genannt —, der erst nach minutiöser Ausweiskontrolle ausgestellt wird, zu den Sitzungen zuzulassen. Es ist dies, wohlgemerkt, die Stadtverwaltung der ehemaligen PC, ehemals prägende Kraft der *Roten Zone* Emilia-Romagna.

**Bologna, Am 22.** sollte eine ehemalige Schule besetzt werden. Die GenossInnen haben sich im Gebäude verbarrikiert. Das stumpfe Polizeigesindel bringt sie aber von dort weg. Man erfrecht sich, 43 Personen bei dieser Gelegenheit anzuzeigen!

Am 26. 2. wurden in Bologna um 1/28 in der Früh Wohnungen von Angehörigen der Gruppe *Besetzer und Obdachlose (Comitato occupanti e senza casa)* durchsucht. Die Justizwaffe, die dabei eingesetzt wurde: "Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und Anstiftung zu kriminellen Handlungen". Die Exekutanten waren die obgenannten N.A.O. Man will die Besetzer mit einer neuen Einschüchterungsstrategie fertig machen, die von verschiedenen Behörden zusammen mit der Polizei ausgearbeitet wurden. Ziel ist, schön langsam die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß in Zukunft keine Hausbesetzungen mehr stattfinden können.

**Venedig, 27. 2.** Eine seit 6 Monaten besetzte Wohnung wird geräumt, daraufhin stürmen Besetzer und die Leute des *Centro*

*Sociale Morion* (das einzige CS in Venedig) in die Sitzung der Kommunalversammlung.

**Padua, 1.3.** Mehrere Wohnungen werden durchsucht. Dazu dient ein Artikel 270 "Bildung einer subversiven Vereinigung zu terroristischen Zwecken." Davon sind GenossInnen aus der antiimperialistischen Bewegung und AktivistInnen des CS *Pedro*

Eigentum von öffentlich-staatlichen Institutionen gänzlich für Wohnungssuchende zur Verfügung gestellt werden<sup>5)</sup>, und sie wollen ein Gespräch mit den Verantwortlichen. Mehr als hundert Familien sind von der Räumung betroffen. Als Antwort gibt der Bürgermeister dem stellvertretenden Polizeipräsidenten den Auftrag, die Leute vom

### Ein Fallbeispiel aus dem ehemals "kommunistischen" Bologna

Am 28. Dezember des vergangenen Jahres wurde die *Fabbrika* in Bologna niedergewalzt. Eines der größten und lebendigsten autonomen Wohn- und Kulturprojekte, hatte eine Ausdehnung von 33 tausend Quadratmetern. 2 Jahre lang war sie besetzt gewesen. Eine ehemalige Waffenfabrik.

Angefangen hatte die Besetzung ein Künstlerpaar. Dann schloß sich eine Ausländergruppe und ein *Centro Sociale* an. Ein "Komitee Grenzenlos" (*Comitato senza Frontiere*) entsteht. Schließlich wohnen dort 300 Immigranten. Die AusländerInnen besetzen, von dort ausgehend, mehrere Häuser: im Stadtviertel *Bolognina*, im Zentrum, in *Castelmaggiore* und — das wichtigste — in *via Stalingrado*. Im vergangenen September fand eine Solidaritätsdemonstration mit mehr als 7.000 Teilnehmern statt, von der aus wesentliche Besetzungsimpulse ausgingen. *Durch die Besetzungen wurden 1.400 Schlafstellen geschaffen* - was die Gemeinde nicht zu stande brachte.

In der *Fabbrika* wohnten Freaks, Künstler, Punks, Immigranten, Jugendgruppen, Studenten, Schüler, Antiimperialisten, Tierfreunde zusammen, alle fanden ihren Platz. Die Gemeinde und die PC versuchten, das Ganze zu vereinnahmen, das gelang nicht. Die Antwort auf diese Strategie war die Einrichtung eines *Centro Sociale*.

*Eugenio* (ein ehemaliger Besetzer:) Die *Fabbrika* war ein Ort für Verrückte. Sie waren derartig verrückt, daß sie alle kulturellen, sozialen und künstlerischen Erfahrungen in Bologna miteinander in Verbindung bringen wollten. Am Anfang habe ich ja gemeint, daß diese Leute von der *Fabbrika* verrückt sind, dann bin auch ich verrückt geworden.

Die *Fabbrika* ist ein Schmelztiegel der

Verschiedenheiten gewesen. Sie bestand übrigens, wie *Eugenio* weiter berichtet, aus vielen kleinen Hallen, sodaß jede Gruppe ungestört ihren eigenen Aktivitäten nachgehen konnte. Kunstausstellungen wurden veranstaltet, Solidaritätsveranstaltungen mit Palästina und Nicaragua, in der Fabrik gab's sogar eine Moschee. Die Illegalität meines Lebens war die Illegalität der *Fabbrika*, sagt *Eugenio*.

*Mustafa* erzählt: Wir haben uns mit dem fürchterlichen Anschlag auf das Wohnheim in *Pilastro*, eine Schule, in der 400 Einwanderer lebten, auseinandergesetzt. *Aber wir haben das Problem des Rassismus auf der Ebene des Kampfes und nicht der Frustration gelebt, denn wir haben gesehen, da sind Genossen anderer Rassen und/oder Kulturen, die ja mit uns kämpfen.*

Es gab Sessions mit europäischer, afrikanischer, arabischer Musik. Eine Hallen gleichen geradezu ganzen Dörfern mit Tieren, Hunden, Katzen, ja Pferden. Sogar einen eigenen Hufschmied gab es, der sich übrigens mit der Absicht trug, einen Vogelkäfig zu bauen.

Bei der Räumung wurden von der Polizei auch die Tiere auf einen Lastwagen verladen, und man hat von ihnen nie mehr was gehört.

Die *Fabbrika* stand in einer Erweiterungs- und Ausbauzone, die für die Messe bestimmt war, sowie für einen *Technopark*. Jetzt wird dort ein Supermarkt errichtet, an verschiedene Firmen wird vermietet. Ein ganz kleiner Teil wird als Grünfläche ausgewiesen werden. Die uralten Bäume, die's früher in der *Fabbrika* gab, sind gefällt worden, so wie die Hallen zerstört wurden. Es gibt PC/PDS-nahe Kooperativen, die am dem Geschäft beteiligt sind. ...

betroffen<sup>4)</sup>. In dieses *Centro Sociale* drang kürzlich die DIGOS ein, schlug auf Anwesende und nahm einen Ausländer mit, und setzte ihn mehrere Kilometer vor der Stadt im Gelände ab.

**Rom, 27. 3.** Zwei besetzte Häuser - Eigentümer sind staatliche Versicherungen - werden geräumt. Daraufhin belagern die Familien den Capitolplatz und wollen solange bleiben, bis ihnen ein konkretes Angebot gemacht wird. Sie fordern das Recht auf Wohnung ein, fordern, daß Immobilien im

Platz zu verjagen. Dutzende von Frauen, Männern, ja Kinder werden verprügelt und bis zum Bahnhof gejagt. Eine im siebenten Monat schwangere Frau muß ins Spital gebracht werden, ein Kind wird am Kopf verletzt. Dies geschah am 4. April. Das *Coordinamento Cittadino di Lotta per la Casa* (die Vereinigung *Kampf um Wohnungen*) organisiert am 5. ein Sit-in am Capitol-Platz, am 9. eine Protestkundgebung. Es wird auch dagegen protestiert, daß ein "Wohnkrisenzentrum" (damit übersetzt ich ungefähr

Osservatorio per la Casa), für das bereits Regional- und Stadtversammlung ihr Plazet gegeben haben, immer noch verhindert wird. Den Parteien ist die Sache nicht recht: der *Wohn-Klientelismus*, das heißt die Wohnungszuteilung via kontrollierte Parteigefügigkeit, könnte dadurch offensichtlich beeinträchtigt werden.<sup>6)</sup>

Rom, 31. 3. Vor genau einem Jahr war in Rom im Stadtviertel *Alessandrino* eine ehemalige Kindertagesstätte besetzt worden. Das jahrelang vernachlässigte Gebäude wurde zu einem politischen und kulturellen Treffpunkt für das ganze Stadtviertel, für Alt und Jung, Ausgangspunkt für antifaschistische, antirassistische und Antikriegsaktionen. Am obengenannten Tag wird die einjährige Besetzung gefeiert.

Bologna, 4. Schon wieder wird das von Ausländern besetzte Haus in der via Stalingrado durchsucht. Bei der Gelegenheit fand man die verfaulte Leiche eines Jungen aus dem Maghreb. Einige Wochen vorher war er gestorben. Das ist das Grauensbild der Vernachlässigung und Verelendung besonders der *extracomunitari* (eine italienische Terrorbezeichnung für alle Fremden, die von außerhalb der "Gemeinschaft" (*comunità europea*) herkommen). Das besetzte Haus in der via Stalingrado ist, so pointiert es das Infobox von Radio Sherwood, eines der Sender der *Autonomen*, und Sozialen Bewegungen, zu einem Ghetto geworden, und Dealer und Kriminelle haben dort das Sagen. Und was sollen sie machen, als dealen, wenn ihnen die — ehemals rote — Gemeinde Bologna Aufenthaltsbewilligung und ärztliche Dienstleistungen verwehrt? so fragt das Infobox.

Bologna, 11. 4. Exemplarisch für die Politik der PDS ist der Stadtrat *Moruzzi*. Bei jeder Gelegenheit erwähnt er, daß die Ausländer dealen und daß unter ihnen Kriminalität herrscht. Aber wie sieht's in Wirklichkeit aus? In den Heimen und Unterkünften sind Besuche von Freunden und Freundinnen verboten, die Ausweise werden laufend kontrolliert, beim kleinsten Vergehen gegen die Hausordnung erfolgt der Rauswurf. Einem großen Teil der Ausländer wurde in Italien übrigens per Gesetz vor etwa einem Jahr der Aufenthalt legalisiert (*Legge Martelli*<sup>7)</sup>), die anderen wurden dadurch umso mehr in den Untergrund gedrängt. In Bologna wird den arbeitslosen AusländerInnen die Inanspruchnahme der öffentlichen Gesundheitsstrukturen verweigert, und dies obwohl die Sachlage gesetzlich eindeutig geregelt ist; in einem Rundschreiben der Region ist festgelegt, daß sowohl arbeitende als auch arbeitslose Ausländer die öffentlichen Gesundheitsdienste beanspruchen dürfen. Darin - im eklatanten Verstoß gegen feststehende Richtlinien - hebt sich die harte AusländerInnenpolitik des ehemals "roten" Bologna zusätzlich noch von der anderer Städte der Region ab, die meist konzilianter vorgehen.

Es ist jetzt bereits soweit, daß in Bologna an *extracomunitari* keine Aufenthaltsbewilligungen mehr erteilt werden. Anträge auf Aufenthaltsfeststellung und -bewilligung werden oft gar nicht angenommen. Dieser Fetzen ist aber die Voraussetzung

0) *Incompatibili* ist eines der Organe der außerhalb und gegen die etablierten Gewerkschaften aktiven "selbstorganisierten Arbeiter" verschiedener Berufsparten. Unter anderem organisieren sie sich in den Basiskomitees.

1) Eine Verwaltungseinheit, zwischen Gemeinde (*comune*) und Region stehend. Es gibt den *comune di Roma*, die *provincia di Roma*, die *regione Lazio*.

2) Turin, wo in den Siebzigerjahren die radikalsten proletarischen und außerparlamentarischen Kämpfe stattfanden, ist

## GLADIO

Faschisten, Geheimdienste, Gladio, CIA haben nach 1945 mehrere Male versucht, das Land in eine autoritäre/faschistische Diktatur hineinzuputschen, als Begleitmittel dazu dien(t)en Morde an größeren Gruppen von Unschuldigen und Unbeteiligten (die sogenannten *stragi*), wie dieses Attentat in Bologna.

In den letzten 20 Jahren wurden in Italien etwa 700 Menschen allein durch *stragi* ermordet. Dutzende von Waffenlagern, die erwiesenermaßen mit Gladio und Geheimdiensten in Verbindung stehen, sind, über ganz Italien verstreut, in den letzten Monaten entdeckt worden. Führende Politiker, wie Cossiga, sind in die Gladio-Affäre unmittelbar verwickelt. Zahlreiche Todesopfer unter den Linken sind außerdem direkt auf seine Funktion als Innenminister vor 10 Jahren zurückzuführen. "Gestern Mörder, heute Präsident", lautet der Spruch der antagonistischen (=fundamentaloppositionellen) DemonstrantInnen). Zahlreiche Morde an AusländerInnen, ja — wie hier bereits berichtet — Attentate auf Polizisten, die bei Ausländerbehausungen Posten standen, sind ganz offensichtlich ebenfalls staatlich gedeckte oder bewirkte Aktionen von zum Teil mit Gladio in Verbindung stehenden Killerkommandos mit dem Zweck der Destabilisierung und Schürung von Hysterie. Die Heckenschützenaktionen gegen Fremdrassige sind ein Novum der letzten Jahre. Die Polizei ist — in Italien — mit ihren Räumungen und rassisti-

schen Razzien nur die legale Variante des illegalen faschistischen Gruppen- (und potentiell: Massen) mordes. — In Italien gibt es 3 Millionen Arbeitslose, jährlich 4000 Arbeitsunfälle mit tödlichem Ausgang, 300.000 Heroinabhängige, 650.000 Menschen sind unmittelbar von Wohnungskündigung bedroht. Dem Land droht eine Verfassungsänderung, mit der die Macht auf den Staatspräsidenten zugespitzt werden soll, *Cossiga*. Auch *Craxi* hat auf dieses Ziel hingearbeitet — hat er nicht in der Vergangenheit im besten Mussolini'schen Stil per Dekret Errungenschaften wie die *Scala Mobile* (inflationenangepaßte automatische Lohnerhöhung — letzte große Leistung der PC war es, dagegen — zum Teil erfolgreich — angekämpft zu haben!) außer Funktion gesetzt? Aber *Craxi* und seine kleine Partei scheinen derzeit etwas ausgebootet zu werden. Es droht ein eisenharter Proporzcharakter einer neuen Gesellschaft, die zwischen PDS und DC aufgeteilt sein wird, heraufzuziehen. Die PDS hat ihre Kritik an Gladio bereits gemäßig. Die Hetze gegen die Kritiker der Gladio hat bereits begonnen. ●

für Führerschein, Autokauf, Eröffnung eines Bankkontos (eine bei *extracomunitari* besonders komplizierte Operation), für den Antrag auf eine Sozialwohnung, oft für Arbeitsaufnahme überhaupt.

Bologna, 11. 4. Vor 11 Monaten wurde ein Wohnhaus auf der Piazza Porta Mascarella, das einem Faschisten gehört hatte, an eine Bank verkauft. Die Gelegenheit ergriff man und frau beim Schopf und das Haus wurde besetzt. Jetzt, am 11. 4., wurden die BesetzerInnen im Schlaf überrascht, waren nicht fähig, Widerstand zu leisten. *Ein Besetzer wird durch Schläge mit einem Karabiner verwundet*. — Und vom selben Tag wird gemeldet, daß die Bezirksversammlung des Viertels Santo Stefano mit den Stimmen der *Regierungsparteien und denen des faschistischen MSI* — den Ausschlag gaben dabei die Stimmen der *Sozialistischen Partei!* — den Antrag stellte, daß auf dem Gedenkstein, der an das faschistische Attentat des 2. August 1981, dem 80 Menschen zum Opfer fielen, erinnert, die *Bezeichnung "faschistisch" zu entfernen sei*. ●

anschließend, in der Zeit des roll-back, zu einer wahren Geisterstadt geworden; viele Jahre lang gab es dort für Jugendliche und Studenten *keinen einzigen* nennenswerten alternativen Treffpunkt.

3) Zeitung der Partei der Demokratischen Linken, die in Bologna sowohl politisch, als auch wirtschaftlich — u.a. vermittels vieler Kapitalgesellschaften in Form von "Kooperativen", die ihr nahesteht, das Sagen hat und zu einem sozialdemokratischen Ordnungsfaktor ersten Ranges geworden ist

4) Pedro war ein Genosse, der vor 10 Jahren in Triest brutal von der Polizei ermordet wurde. Ein *Digos*-Angriff! Darüber gibt es nicht nur eine ältere, von den Autonomen in Triest erstellte Dokumentation, sondern auch eine Videokassette, die wir demnächst synchronisieren und übersetzen werden (*Red.*).

5) von Kündigung Betroffene haben gesetzlichen Anspruch auf Wohnräume dieser Kategorie; die Forderung der AktivistInnen gehen bewußt über diese bestehende Regelung hinaus.

6) Azzaro ist Mitglied der katholischen Massenjugendorganisation *Comunione e Liberazione*, die mit dem Ziel, die außerparlamentarischen Massenbewegungen zu schwächen, ins Leben gerufen wurde. Zwei der großen römischen DC-Bosse, Vertrauensleute von Andreotti, sind eine Art Paten der CL, (die im vergangenen Jahr übrigens gezielt gegen die *Pantera*, die StudentInnenbewegung, eingesetzt wurde). Azzaro will 10.000 Wohnungen bauen lassen (durch den DC-Klängel), das *Coordinamento Cittadino di Lotta per la Casa* will hingegen, daß die 100.000 Wohnungen, die in Rom leerstehen, freigegeben werden, sowie 50% derjenigen Immobilien, die Eigentum von öffentlichen Institutionen sind.

7) Das Komitee der Autonomen Arbeiter Roms charakterisiert die *Legge Martelli* zurecht folgendermaßen: Dieses Gesetz wurde nicht deswegen erlassen, weil man eine humanitäre Lösung für die Immigranten aus dem Süden suchte, sondern in erster Linie, weil man eine fixe Quote festlegen wollte. Nach Bedarf können nach Verfall der Arbeitsbewilligung die Leute wieder zurückgeschickt werden, sofern sie nicht für die Niedriglohnbranchen in Mittel- und Süditalien gebraucht werden. (Aus: "Incompatibili") ●

Einigen LeserInnen mag es vielleicht aufgefallen sein: Irgendetwas fehlte in den letzten TATblättern. Das ist zwar nicht weiter aufregend, weil — Hand aufs Herz — wann hatte denn im TATblatt mal nichts gefehlt?, an dieser Stelle meinen wir nun jedoch freilich etwas ganz bestimmtes. Was wir also sagen wollen ist:

Infolge schlechter Zeiten mußte unser TATblatt-Fortsetzungskrimi während der letzten vier Monate leider mehrmals entfallen.

AUF DEN SPUREN DES PRÄREVOLUTIONÄREN TREIBENS

DES MATHIAS N. UND DER ISABELLA R. UND DES KONRAD H. UND DER ANNE M. UND DER HEDDA S. UND ALL DER ANDEREN:

# NOCH IMMER KEIN HAUS

## AM FRIEDRICH ENGELS PLATZ

(von E.Z. Nowak)

### 8. Der Zeiten ew'ger Verrinn

„Der zweite Satz ist erstens historisch falsch. Wir Bolschewiki verbinden. Die Holländer und die »Linken« überhaupt urteilen beteiligten uns selbst an den konterrevolutionärsten Parlamen- hier wie Doktrinäre der Revolution, die an einer wirklichen ten, und die Erfahrung hat gezeigt, daß eine solche Beteiligung Revolution niemals teilgenommen oder sich in die Geschichte für die Partei des revolutionären Proletariats gerade nach der der Revolution nicht vertieft haben oder naiv die subjektive ersten bürgerlichen Revolution in Rußland (1905) nicht nur »Ablehnung« einer bestimmten reaktionären Institution für nützlich, sondern auch notwendig war, um die zweite bürger- deren Zerstörung durch die vereinten Kräfte einer liche (Februar 1917) und dann die sozialistische (Oktober 1917) ganzen Reihe von objektiven Faktoren halten. Das sicherste Revolution vorbereiten zu können. Zweitens ist dieser Satz Mittel, eine neue politische (und nicht nur eine politische) Idee erstausichtlich unlogisch.“

(W. I. Lenin; Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus; 27. IV. 1920; hier: Berlin 1989; Seite 56/57)

Es ist wie immer wieder einmal einer dieser jener Tage, an denen sich Mathias N. nicht so recht wohl fühlt, an denen er nicht gerade in überaus übertriebenem Ausmaß weiterweiß, an denen ihm selbst Lenin nicht mehr weiterhelfen kann, ja an denen er Lenin geradewegs nicht versteht. Was hat Lenin eigentlich mit ihm und seinen Problemen zu tun? Was hat Lenin überhaupt zu tun? Und wofür lebt Mathias eigentlich? Und wohn soll das alles noch führen? Und hat das alles überhaupt noch einen Sinn, und wenn ja, wieso nicht gleich?

Es fällt ihm nicht leicht, Ordnung in sich, seine Gedanken, und die längst gedachten Gedanken anderer, die Mathias erfolglos zu verstehen sucht, zu bringen. Es gelingt ihm auch nicht. Also geht er zum Fenster und wirft ein paar Blicke daraus.

Ziellos schmettern sie zu Boden, streifen dabei jedoch einen alten Mann, der da unter einigen romantischen alten Baumleichen in der Gasse steht und die vorbeikomenden Leute zählt.

Dieser Mann hat schon mehrmals die Aufmerksamkeit Mathias' erregt. Einmal hat Mathias sich sogar ein Herz gefaßt, und ein Gespräch mit dem Mann gesucht. Finden konnte er es aber nicht.

Mit dem gewinnenden Lächeln eines Mannes, der einem im nächsten Moment aus purer Tötungsabsicht den Hals umdrehen möchte, dabei aber auf keinen Fall die als gegeben vorausgesetzten Sympathien des Opfers aufs Spiel setzen will, heischte der Mann kühl, teilnahmslos, aber berechnend um wohlwollende Zustimmung und angemessenen Respekt bei notwendiger Distanz: „Machen Sie doch was Sie wollen!“, sagte er, „aber halten Sie zu Wien! Denn hier ist Ihr zuständiges Kommissariat, Ihr Gericht, Ihr Gefängnis und Ihr Friedhof. Hier fliegen Sie aus der Wohnung, aus dem Beruf und schließlich aus Ihrem Leben. Sie gehören zu Wien! Wien zählt auf Sie! Hochhäuser, Weltausstellung, Stadtautobahnen — für uns ist es ganz selbstverständlich, daß es Sie gibt!“

Unterdessen aber ist die Zeit nicht stehengeblieben. Besser geworden ist sie davon zwar sicherlich auch nicht gerade, aber, wie der Zufall so spielt, gibt es nun doch wieder mal eine neue Krimi-Folge, und mit dazu das Versprechen, daß die altgewohnte Kontinuität der vierzehntägigen regelmäßigen Erscheinungsweise des Krimis in jedem und ja wirklich fast jedem TATblatt sicherlich niiiie mehr erreicht werden wird.

Der alte Mann sagte noch viel mehr, aber Mathias hörte nicht mehr länger hin, hatte er doch ohnehin schon den Volkszählungs-Werbeprospekt der Gemeinde Wien — selbstverständlich nebst dem Volkszählungsreader der Initiative Informatik-Betroffener zu Schilling 90, — und nebst einschlägigen Artikeln in einschlägigen Zeitungen zu Schilling 10, — (10-Nummern-Abo zu Schilling 96, —) — gelesen. Er drehte ihm den Rücken zu und ging auf einem kleinen Umweg nach Hause zurück.

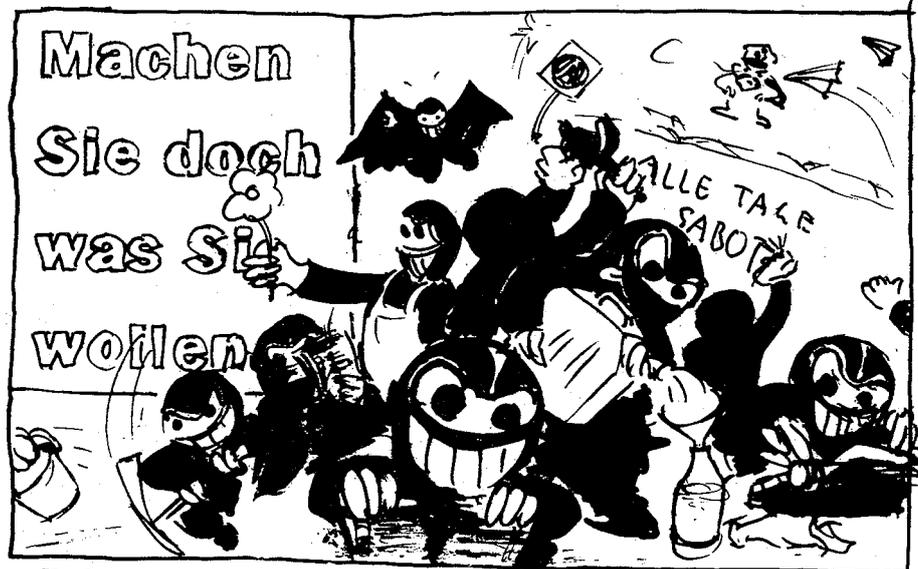
Der alte Mann hat daraufhin freilich sofort die Polizei verständigt. Als sich diese sodenn aber nicht umgehend auf die Suche nach Mathias machte, sondern vielmehr den alten Mann mitnahm, wußte Mathias, der dem Treiben inzwischen aus dem sicheren Wohnungsfenster zugesehen hat, im ersten Moment nicht, was er fühlen, geschweige denn denken sollte. Nachdem Tags darauf der alte Mann aber wie immer auf der Straße stand und voller Zahlendrang vor sich hinzählte, war Mathias wieder beruhigt. Alles schien wieder in bester Ordnung zu sein. Zumindestens fürs erste einmal.

„Sonderlich originell find ich des Blattl nicht!“, sagt irgendwo Millionen von Lichtjahren entfernt Horst, irgendwo in einer anderen Ecke desselben Zimmers sitzend, in dem Mathias gerade gedankenverloren feststellt, daß da gerade ein Anti-Volkszählungs-Bezugsgruppentreffen abgehalten wird. „Ich mein', die Idee ist ja ganz gut, das Konzept hunderttausendfach bewährt, aber die Umsetzung ist ja nicht gerade ein geistiger Geniestreich, der imstande wäre, das ausgehende zweite Jahrtausend, undsoweiterundsofortblablabla...“

„Oida, schau amoi auf die Uhr! Mir können ned so tuan, als ob ma no massigst Zeit hätten! Die Volkszählung steht mehr als vor der Tür! In zahlreichen Haushalten sind schon die Bögen ausgeteilt worden, und wir haben immer no nix gemacht. Wir können da jetzt ned so lang herumfeilen, bis des alles so ganz pikobello hundertprozentig paßt“, meint Isabella.

„Genau des is ja des Problem! Weil mia uns wieder so lang Zeit g'lassen haben, bis der letzte Moment auch schon wieder längst vorbei ist! Jahre vorher hab ma uns vorgenommen, es gründlich und rechtzeitig anzugehen, und dann aber is solange nix geschehen bis jetzt endlich alles g'laufen und zu spät ist.“ schimpft Hedda.

„Du kannst jetzt aber ned uns den Vorwurf machen, daß wir des jetzt ewig rausgezögert haben, wo du doch auch ganz genau weißt, daß von uns aus



Aber halten Sie den Mund.

und geben Sie bloß diesen verdammten Fragebogen nicht ab.

Volkszählung '91

des ganze schon längst fertig gewesen wäre, und bloß der Wappler von Krimiautor, dieser E.Z. Nowak, vier Monate lang kein Sterbenswörtchen außelassen hat, der Krimi einfach ned weitergegangen ist, keine neue Folge erschienen ist, und damit die Panzertransporte, die Volkszählung und die Volksbefragung über die EXPO und des Freudenu-Kraftwerk den Bach runtergegangen ist. Du kannst ja ned abstreiten, daß wir da in einem gewissen Grad von den seine Psychos abhängig sind. Des is Scheisse, ja!, aber was soll's? Da kann man einfach nix machen! Nur weil der Wappler des alles versaut hat, kannst du uns jetzt ned den Vorwurf machen, ned aktiv zu sein, und alles zu verschlafen.“, sucht sich Konrad zu verteidigen.

„Ja! Ja! Ja! Okay, daß der Autor a Trottel ist, wiß' ma eh (ist aber gar nicht wahr!; Anm d.A.), aber die Aussage ‚Was soll's, da kann man nix machen,‘ is schlicht und einfach herb! Da könn ma gleich alles hinschmeissen, und zurücklehnen und sagen ‚Die Welt ist schlecht — Was soll ma machen?‘ Ich mein, wo san ma denn? Ich mein, mir können doch ned so tun, als...“, beginnt Isabella zu antworten, ehe Konrad vorwurfsvoll unterbricht: „Was hätten wir denn tun sollen, wenn der nix schreibt? Was hätten wir denn tun sollen? Sag es mir doch bitte, was hätten wir denn tun sollen?“

Isabella sagt nichts. Horst will ein wenig klärend eingreifen: „Ich glaub, er meint, daß er wissen möchte, was wir denn tun hätten sollen!“, sagt er.

„Genau! Ganz genau das!“, freut sich Konrad, so unerwartet verstanden worden zu sein, „was hätten wir denn tun sollen?“

IrgendeineR sagt plötzlich, wie aus heiterem Himmel zu Mathias: „Sag doch auch was dazu! Du hast ja schon den ganzen Abend wieder gar nix gesagt. Fühlst dich wieder einmal von aller Welt mißverstanden, die dir wieder einmal nicht zuhören konnte, wie du ihr was vorgeschwiegen hast, ha?“

„Geh' bitte, laß mich in Ruh! Mehr will ich eh nicht, aber bitte: Laßt mich doch in Ruh!“, denkt sich Mathias verständnislos, ohne es freilich auszusprechen. Er wird aber noch viel verständnisloser, ja ziemlich unwohl, als sich plötzlich auch alle anderen der Aufforderung anschließen. „Ja, sag doch auch was!“, sagen sie. „Ja, sag doch auch was!“, äfft Mathias sie im Geiste nach — ohne sich etwas anmerken zu lassen.

Mathias fühlt sich meuchlings aus seinen Gedanken gerissen, will dies so gut es geht überspielen und schlichtungshalber ein paar ebenso treffende wie unverfängliche Worte sagen. Ein paar Grundwörter für einen guten Satz schweben ihm auch schon im Kopf herum: „Imperialismus“, das ist sicher nie falsch, „Schweine“ trifft auch in 90% aller möglichen Fälle ganz gut, und mit ein bißchen Glück läßt sich auch noch eine Herde „Bullen“ unterbringen. Bloß wie das ganze zusammenmischen?, in einen klugen und schönen Satz zwängen?, und worum bitte geht es eigentlich gerade? Mathias entschließt sich, lieber nichts zu sagen, und schaut lieber fürs erste mal ein wenig verdattert drein. Dann stoß er ein weise anmutendes und außerordentlich tiefgründiges, vom Durchqueren der kilometerlangen Gehirnwirrwänge eindrucksvoll geformtes, „Naja!“ aus. Dann verstummt er wieder, und schaut durch die Runde, ob wohl eh alle verstanden haben, was er sagen wollte.

„Was hätten wir denn tun sollen?, mein ich!“, flüstert Konrad unterdessen leise dem neben ihm sitzenden Horst ins Ohr.

Anne wird es mittlerweile offensichtlich zu blöd: „So geht's ned! Es hat doch zu dem ganzen Thema schon viel mehr Ideen gegeben. Denk ma no amoi ganz von vorne nach. Was können wir tun? Vielleicht steht morgen auch schon bei uns der Zähler vor der Tür. Was tun mir dann?“, fragt sie.

„Außehaun!“, sagt Hedda.

„Erst gar ned einelassen!“, meint Konrad.

„Vielleicht aufessen?“, fragt Mathias.

„Kau ma halt alles noch einmal durch:“, versucht Anna irgendeine Substanz in das Gespräch zu bringen, „Zum Hart-Boykottieren san mir jetzt einfach ned richtig vorbereitet. Oder wenn wir uns doch noch dazu entschließen sollten, sollt ma mehr als schleunigst ins VolkVERzählungsbüro sausen und des irgendwie checken. Na und sonst werd ma halt zuerst einmal gar ned erreichbar sein für die Zähler oder Zählerinnen. Und falls sie uns dann doch mal erwischen, werd ma halt mal die Bögen entgegennehmen, bloß unglückseligerweise halt leider verlieren. Wenn sie sie dann abholen wollen, verstehen wir leider nicht, was sie meinen, da wir ja leider nur sowjetisch sprechen können. Na und irgendwann werden wir sie dann doch hergeben müssen. Als besorgte Staatsbürgis werden wir es aber nicht dem Beamten oder der Beamtin direkt aushändigen, sondern an die Gemeinde oder das Statistische Zentralamt schicken. Was können wir dann dafür, wenn die es aber nie bekommen haben, nur weil auf den Postweg halt leider so überhaupt kein Verlaß mehr ist? Also werden wir es ‚nocheinmal‘ ausfüllen müssen. Und da wir inzwischen sicherlich schon ermahnt worden sind, alles auch wirklich *vollständig* auszufüllen, werden wir halt wirklich *alles* ausfüllen, und *alles* ankreuzeln. Wenn wir *alles* ankreuzeln, egal wie viele Antwortmöglichkeiten es gibt, wird es ihnen zwar vielleicht auch nicht recht sein, aber was können wir denn dafür, wenn sie sich mißverständlich ausgedrückt haben. Ebenso können wir da dann auch nichts dafür, daß leider der Fragebogen an den Ecken etwas zerknittert war, sodaß er dummerweise im Lesegerät des Statistischen Zentralamtes stecken geblieben ist, und den ganzen Ablauf aufgehalten hat. Ja und irgendwann, wird so viel Zeit vergangen sein, daß sie zwar schön langsam halbwegs ausgefüllte

Fragebögen von uns haben, mit zu hartem Bleistift zwar, und nur sehr spärlichen und überlegten Antworten — so sind wir beispielsweise freilich alle arbeitslos und so, und außerdem ist am Fragebogen überall herumradirt, sodaß wir später, falls sie uns mal vorwerfen sollten, daß wir was falsch beantwortet hätten, sagen können, daß da offensichtlich am Postweg oder sonstwo irgendein Unbekannter oder irgendeine Unbekannte was ausgebessert hat, undsoweiter undsofort —, aber immerhin, wie auch immer. Bloß: die Auswertung wird dann schon so verzögert sein, daß die ganzen Datenbestände unaktuell und damit irrelevant geworden sind. Der ganze schweineische Überwachungsstaat wird seiner Substanz verlustig geraten, bricht in sich zusammen und da sich unweigerlich gleichzeitig auch alle anderen gesellschaftlichen Widersprüche zuspitzen, in vorderster Linie der Nord-Südkonflikt, haben wir eine revolutionäre Situation, die sich erstens gewaschen und zweitens folgerichtig die Weltrevolution zur Folge hat. Und dann können auch wir endlich einmal ein normales, geregeltes und ruhiges Leben in Ruhe, Frieden und Behaglichkeit führen, wie alle anderen auch, und werden glücklich und zufrieden sein, bis an unser Lebensende. Und so ein Lebensende kommt in solchen Situationen bekanntlich oft früher als man oder frau denkt.“

„Genial!“, gesteht Konrad zu. „Obwohl ich mir eigentlich schon vorgestellt hätte, daß wir bei der Anti-Volkszählungs-Arbeit auch gleich mehrere sogenannte *normale* Leute zum Nachdenken bringen hätten können, auf daß sie sich auch verweigern hätten können, und daß sie vielleicht auch aktiv geworden wären, und wenn schon nicht heute, dann vielleicht übermorgen. Aber andererseits: Wenn unser großes Ziel, die große proletarische Weltrevolution auch so erreicht wird; mir soll es recht sein. Ich hab nur immer gedacht, daß wir allein halt schon verdammt wenig sind.“

„Freilich wäre mehr zu tun besser gewesen, aber zu vielem ist es einfach schon zu spät! Daran können wir nix mehr ändern! Daß das ein Minimalprogramm ist, ist mir auch schon klar, aber mehr ist mit uns offenbar im Moment nicht drinnen, oder?“, entgegnet Anna.

„Und wenn wir vielleicht doch noch heute Nacht schnell die Stadt auf den Kopf stellen?“, fragt Konrad.

„Bitte ned!“, wispelt Mathias.

„An was hättest du denn gedacht?“, fragt Isabella und hängt skeptisch an: „Das Statistische Zentralamt ist halt leider vielleicht ein klein wenig zu viel bewacht. Das Rathaus ist auch nicht gerade leicht einnehmbar. Ich weiß da nicht, wie du da auf die Schnelle eine Volkszählung verhindern könntest.“

„Naja, wir müssen ja nicht gleich die Welt aus den Angeln heben. Zumindestens Volkszählungsplakate hängen aber genug herum, und depert wie die sind, laßt sich mit denen genug anfangen. Filzstifte und Sprays, bewährtermaßen ohne Fingerabdrücke, sowie fabriksneue Plastikhandschuhe gebats im Kasten. Machbar wär noch viel...“ — Konrad wirkt unerwartet energiegeladener, wie er sich beginnt wegzuschildern.

„Ich weiß ned. Die guten alten Spraytouren, wo ma uns zuerst drei Stunden lang anscheissen, dann schnell auf eine versteckte Wand eine kleine Notiz aufkekritzeln, um nachher zickzack durch die halbe Stadt zu flüchten und uns für die nächsten drei Monate irrsinnig gefährlich und revolutionär fühlen, geh'n mir schön langsam auf den Keks!“, wirft Mathias ein.

„Du gehst ma auch langsam auf den Keks!“, erwidert Isabella. „Danke!“, sagt Mathias.

Während Mathias nach kurzem Hin- und Herüberlegungen gerade beschließt, zwar nicht verärgert, aber doch gekränkt zu sein, kommt Konrad schon mit einer Schachtel buntester Sprays ins Zimmer. „Des lagerst du da einfach so in der Wohnung?“, fragt Mathias vorwurfsvoll, und will auch sogleich mit einer ausführlicheren Belehrung beginnen...

Doch genau in diesem Moment klopf es plötzlich dreimal laut an die Wohnungstüre. Alle schauen verschrocken und stumm herum. Ihre Blicke kreisen in der Runde. Es klopf abermals. Horst steht zaghaft aber mutig auf, geht zur Tür hin und äugelt vorsichtig durch den Türspion. „Es ist der alte Mann, der allaweil unten steht, und wie beamtet die ganzen Leute zählt!“ ruft er zu den anderen ins Zimmer zurück. „Aufmachen! Machen'S auf!“ klingt es von draußen in die Wohnung rein.

**O** je! Was hat das zu bedeuten? Geht jetzt vielleicht irgendetwas schief? Oder ist es bloß wieder einmal der verzweifelte Versuch, eine Krimifolge mit einem kleinen Spannungsmoment abzuschließen?

Übrigens, wenn wir schon beim Thema sind: Was geschah eigentlich im Anschluß an Folge 7 vor knapp vier Monaten mit Konrad, als er nach einer rechtswidrigen Hausbesichtigung mit Besetzungsabsicht auf der Flucht von einem Polizeiauto angehalten wurde?

Und: Was hatte diese heutige Krimifolge eigentlich für einen tieferen Sinn? Und was hat überhaupt noch einen Sinn? Und wird eigentlich jemals alles gut? Und was ist das überhaupt für ein Keks, von dem da am Schluß die Rede war? Vielleicht erfahren wir das eine oder andere beim einen oder anderen nächsten Mal. Falls es überhaupt ein nächstes Mal geben wird... Mal sehen.

## An alle AntifaschistInnen!

Nachdem der Antifaschistische Kalender '91 so gut angekommen ist, ist gerade der für 1992 wieder in der Mache.

Wir, die Kalendergruppe '92 (Antifas aus verschiedenen Städten) sind daran interessiert den Kalender im Serviceteil zu aktualisieren, d.h. wir wollen immer nur aktuelle Adressen drin haben. Also, falls ihr im letzten Kalender nicht aufgeführt sein solltet, dann schickt uns eure Kontaktadresse zu; falls sich was geändert hat, oder falls ihr so drin bleiben wollt, schickt ebenfalls bitte 'ne kurze Nachricht. Schreibt bitte auch dazu, unter welcher Adressenrubrik ihr erscheinen wollt. Es gibt die folgenden Rubriken: Antifa-Adressen, Flüchtlingspolitikadressen, Infoläden und Zentren, Rechtshilfen und Ermittlungsausschüsse. Der Kalender '92 wird sich in mehreren Texten schwerpunktmäßig mit Rassismus/Faschismus in Bezug auf das Projekt "Festung Europa 92" beschäftigen. Aber es ist auch wieder Raum für eine Vielfalt an anderen Themen, u.a. "Antifaschistische Kulturfähigkeit", "Frauen in Antifazusammenhängen", "Sicherheitstaat" etc.

Falls ihr noch Interesse habt, inhaltlich etwas im Kalender zu veröffentlichen, dann schickt es uns zu (Redaktionsschluß ist der 30. Mai).

Und noch eine kurze Bitte: Wenn ihr daran interessiert seid den Kalender weiterzuverkaufen, dann bestellt bitte frühzeitig, damit wir die Auflagenhöhe besser kalkulieren können. Wir bieten den Kalender für alle, die bis zum 15.7. bezahlen, wieder zu einem Subskriptionspreis von 8,50 dm an (später 9,50 dm) ab 5 Stck. 30% Rabatt/ ab 25 (oder so ähnlich?) Stck. 35%/ ab 100 Stck. 40%. Bitte schickt's ausreichend Porto mit! Der Kalender erscheint Ende August!

CAIO, KALENDERGRUPPE '92

c/o unrast

Querstr.2

D-4400 Münster

Der Tipper ruft alle Leute auf beim Kalender '92 mitzumachen und auch ein paar österreichische Daten zu schicken !!

Und natürlich auch zu kaufen! (Korr-Lesy und Layout schließen sich diesem Aufruf solidarisch an!)

## Leserbrief zum Bericht über die Antifa-Demonstration vom 20. April 1991

### Lieber Antifa

Wer Deinen Bericht liest muß glauben, daß nur der ein richtiger Antifa ist, der jeden Skin der ihm über den Weg läuft vermöbelt und sich, wenn er das "braune" Blut von seinen Martens wischt, selbst zu seiner Militanz beglückwünscht. Es ist zweifellos richtig, die Nazis nicht im Unklaren darüber zu lassen, daß man jederzeit dazu bereit ist, sich (und andere) gegen ihre Übergriffe zu verteidigen. Doch einige, bis obenhin von typisch österreichischer Gemütlichkeit erfüllte unmilitante Antifas (Danke für die Blumen) wollen eben nicht einsehen, daß es dazu nötig ist sich mit den boneheads, auf eine Stufe zu stellen und jeder IQ 25 Glatze in Sichtweite eine in die Nazifresse zu hauen (was bei einem Verhältnis 500:30 natürlich besonders militant ist).

Mit viel Liebe  
ein (un)militanter Antifa

### Lieber (un)militanter Antifa!

Es wird schon ziemlich fad, nach jeder Antifa-Demonstration immer Briefe desselben Inhalts abzutippen. Anstatt der Rea-

lität nicht entsprechender Klischees wie dem vom Hypermilitanten Antifa, der nach "braunem" Blut lechzt zur Freude der Polizei immer und immer wiederzukäuen wär's doch einmal interessant zu hören:

1) was denn die richtige Vorgangsweise im Kampf gegen faschistische oder faschistoide Gruppen wäre...

2) wie mensch sich gegenüber ausländerrInnen- und frauenfeindliche Parolen grölenden Gruppen denn Verhalten soll, wenn sie gerade nicht einen Zeitungsverkäufer niederschlagen.

So tun, als ob nichts wär'? Sich nicht mit "jeder IQ 25 Glatze" auf eine Stufe stellen? Heißt also: Nix sagen, weil sonst gibts automatisch Wickel, und wir wollen uns ja nicht mit "jeder....."

Heißt also, einfach zuzusehen, wie AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und, und, und,... auf der Straße ihren Platz behaupten können, ohne nur mit Widerstand rechnen zu müssen.

einer vom Kollektiv.

## an alle tatblatt-holzköpfe, also die gesamte redaktion:

ihr formuliert lustigerweise in eurer letzten oder vorletzten nummer (war im minus 51 anm.d.Tip.) einen vordruck für einen austrittsbrief aus der kpö. dies stellt somit implizit eine aufforderung zum austritt dar (no na ned) und ist aus mehreren gründen ein schwerer unfug:

erstens, eine linksradikale zeitung darf nur dann zum austritt aus einer kommunistischen partei aufrufen, wenn vorher eingeschätzt wurde, daß die partei zum kampf für die befreiung der arbeiterInnenklasse aus verschiedensten gründen nicht mehr fähig ist. dies ist aber realistischerweise nicht der fall, selbst wenn es momentan um die handlungsfähigkeit der kp nicht gut bestellt ist. ihr habt dies falsch eingeschätzt und seid daher idioten. dies sollte festgehalten werden.

zweitens, ihr habt die austrittskampagne in eurer zeitung deswegen gestartet, weil ihr glaubt, aus der misere der kp kapital schlagen zu können. dies ist nur dann möglich, wenn vorher eingeschätzt wurde, daß die partei (rest siehe oben). ihr habt dies falsch eingeschätzt und seid unter anderem deswegen idioten, weil ihr glaubt, daß austrittswillige kplerInnen mit euch liebäugeln bzw. ein abo eurer klozeitung bestellen. jede weiß, daß jetzt austretende kplerInnen für den konsequent antiimperialistischen und antifaschistischen kampf wenig bis gar nicht zu gewinnen sind.

drittens finde ich es brauchbar, daß ihr in eurer klozeitung ständig auf scheiße in der kp aufmerksam macht (ekh, alltagsfaschisten in der kp, multis am vs-fest,...). wichtig ist aber auch hier, politisch zu argumentieren, die kp also politisch unter druck zu setzen und so die basis zu unterstützen. bürgerliche polemiken marke tatblatt bringen nichts, der einzige nutznießer dabei ist das kapital, das sich die hände reibt und nur darauf wartet, daß sich die linke fertig macht. wer den hauptfeind verkennt, hat nichts verstanden. also, reißt's eich zamm!

ömme

### HebEr ömme!

er vordruck war nicht von uns !(dies steht auch über dem druck).ich bin aber der meinung, daß mensch diskussionen führen muß, und gerade in der linken scene ist dies wohl auch sehr wichtig, um gemeinsam fehler auszumerzen und zu verhindern. denn nur so können wir mit ziel und verstand gegen faschismus und kapital ankämpfen + (hasta la victoria siempre). Eines dieser diskussionsmedien ist eben das TATblatt.

Tip.



# Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

## Die TATblatt-Kollektive:

**TATblatt-Wien:** 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr  
**TATblatt-Graz:** Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

## TATblatt-Linz: Treffen:

NEU: jeden Dienstag um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

**TATblatt-Innsbruck:** Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

## ...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

**Achtung AbonnentInnen!** Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

## Impressum:

**Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:**

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

**Telefon:** (0222) 57 49 543 **Konto:** P.S.K. 7547 212

**DVR Nr.** 0558371

**Druck:** Eigendruck



## ...und im Einzelnen:

**WIEN 1:** ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** \* unser Laden (Apostelgasse 17) ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl Kuku (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Markt-gasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simc. (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativ-laden (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OÖ):** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand März 1991